Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 3. | Berlin, 15. Januar 1932. | 13. Jahrg.

Inhalt:

Abrüstung und Ostgrenze.

Die bevorstehende Abrüstungskonferenz hat für die deutschen Ostgrenzen ihre scharf ausgeprägte Bedeutung: Einerseits erblickt Polen in ihr vielleicht seine letzte, sicherlich aber seine beste Chance für ein Ostlocarno; andererseits hat Deutschland hier eine Gelegenheit, unter Hinweis auf die offensichtliche Gefährdung seiner Ostgrenzen durch das Rüstungsübergewicht und den häufig genug bekundeten Aggressivwillen Polens dessen Abrüstung fordern. In polnischen Regierungskreisen lehnt man eine Beschränkung des eigenen Rüstungsstandes grundsätzlich ab. Andererseits weiß man aber auch, daß auf der Konferenz mit einem starken Druck von seiten der angelsächsischen Länder und Italiens zugunsten einer internationalen Rüstungsbeschränkung zu rechnen sein wird. Angesichts dieser Aussicht empfindet man es peinlich, daß das den polnischen Abrüstungspolitikern so geläufige Argument von der „besonderen Gefahrenlage Polens zwischen zwei großen, feindlich gesinnten Nachbarn“ seine alte, häufig erprobte Überzeugungskraft in dem Maße verliert, in dem sich die Nichtangriffspaktverhandlungen mit Rußland günstig entwickeln. Es dürfte den polnischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz nicht leicht fallen, mit diesem alten Argument zu operieren, wenn die Gegenseite darauf hinweisen kann, daß Polens östlicher Nachbar seine Friedensbereitschaft nicht nur im Kellogg-Pakt und Litwinow-Protokoll, sondern auch noch in einem Nichtangriffspakt festgelegt hat. Wenn also der Hinweis auf die Gefahr eines bolschewistischen Angriffes versagt, wird sich die polnische Diplomatie wohl mit um so größerem Nachdruck der „deutschen Gefahr“ zuwenden und die These aufstellen, daß die deutsche Grenzrevisionsbewegung eine polnische Abrüstung verbiete, daß die anderen Mächte mithin, wenn sie eine Rüstungsbeschränkung Polens ermöglichen wollen, ihren Einfluß dahin geltend machen müssen, daß Deutschland seine Propaganda gegen die polnischen Westgrenzen einstellt und diese Grenzen garantiert. Das ist nichts anderes als die speziell polnische Abwandlung der französischen These: Erst Sicherheit — dann Abrüstung.

Die polnische Diplomatie hat aus ihren früheren Mißerfolgen in der Garantiefrage gelernt: Das Zustandekommen eines Ostlocarno ist im Jahre 1925 nicht nur an der Weigerung Stresemanns, die Versailler Ostgrenzen anzuerkennen, als vor allem an dem Widerspruch der Engländer, die sich nicht zu einer Garantie dieser Grenzen hergeben wollten, gescheitert. Polen hat sich mit dieser Einstellung Englands (und Amerikas) abfinden müssen. Es verlangt heute nicht mehr, daß diese Mächte selbst die Grenzen garantieren, sondern nur noch, daß sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Deutschland eine Grenzgarantie gibt. In diesem Sinne ist die polnische Diplomatie und Propaganda während der letzten Monate in den angelsächsischen Ländern sehr aktiv gewesen. In diesem Zusammenhange ist z. B. das Projekt einer „moralischen Abrüstung“, das Zaleski im Herbst v. J. in Genf überreicht hat und das eine internationale Konvention über strafrechtliche Verfolgung von Kriegshetzereien vorsieht, zu nennen, da es (so absonderlich es auch anmutet, daß diese „moralische Initiative“ gerade von dem doch reichlich vorbelasteten Polen ausging) recht geschickt der englisch-amerikanischen Gedanken- und Gefühlswelt angepaßt ist. Auch die Londoner Reise Zaleskis im Dezember v. J. hat vermutlich in erster Linie dem Versuche gedient, die politischen Kreise Englands für eine Verkoppelung der Abrüstungs- und der Ostlocarnofrage zu gewinnen. Für die Aktivität der polnischen Propaganda in Amerika ist es bezeichnend, daß z. B. eine so einflußreiche Zeitung wie die „Newyork Times“ in ihren Spalten den bekannten polnischen Publizisten Poljakow-Augur im Sinne der polnischen These: „Erst Grenzgarantie — dann Abrüstung!“ zu Wort kommen läßt. Auch der polnische Botschafter Filippowicz hat die amerikanische Regierung wohl in diesem Sinne unterrichtet, als er zur Zeit des französischen Amerikabesuches in Washington seine Denkschrift zum Korridorproblem überreichte, um dem Vorstoß des Senators Borah zu parieren. Auch wenn es Frankreich gelingt, die Abrüstung von neuem zu verschleppen, indem es eine internationale Untersuchung des deutschen Rüstungsstandes durchsetzt, ist damit zu rechnen, daß Polen versucht, die Rüstungsmüdigkeit der angelsächsischen Mächte — diese vielleicht nie wiederkehrende Chance — im Sinne eines Ostlocarno auszunutzen. Deutschland, das die Revision seiner Ostgrenzen fordert, wird von den polnischen Delegierten als das größte Hindernis der polnischen Abrüstung hingestellt werden. Wenn es Polen glückt, mit seiner These durchzudringen, dann ist die Gefahr eines Ostlocarno wieder akut; denn England, Amerika und Italien, bei denen als Gegenspielern Frankreichs die Entscheidung liegt, werden vielleicht bereit sein, der polnischen Auffassung zu folgen, wenn sie dadurch erreichen zu können glauben, daß die Konferenz, die nach jahrelangen Bemühungen nun endlich zustande kommt, wenigstens nicht völlig ergebnislos bleibt.

Vielleicht werden diese Mächte in der Annahme, Deutschland durch einen Kompromiß in der Garantiefrage die Zustimmung erleichtern zu können, auf den französischen Gedanken eines befristeten politischen Waffenstillstandes zurückgreifen wollen, obwohl sie wissen sollten, daß die Zumutung, auf die Dauer von fünf oder zehn Jahren auf jede Kritik am Versailler Grenzsystem zu verzichten, seinerzeit von deutscher Seite mit derselben Entschiedenheit wie eine zeitlich unbegrenzte Vollgarantie abgelehnt worden ist, und zwar mit vollem Recht abgelehnt wurde, da es ja selbstverständlich ist, daß eine unerträgliche Grenze dadurch nicht erträglicher wird, daß es verboten ist, über ihre Unerträglichkeit zu sprechen, und da ferner die Gefahr besteht, daß Deutschlands Zustimmung zu einem politischen Waffenstillstand von der Gegenseite so aufgefaßt wird, als ob die Grenzrevision für Deutschland in Wirklichkeit gar nicht die dringliche Angelegenheit wäre, als die sie von der deutschen Propaganda täglich hingestellt werde. Auch im günstigsten Falle, d. h. wenn in ein solches Waffenstillstandsabkommen eine Klausel aufgenommen werden sollte, die das deutsche Recht auf Revision grundsätzlich bestätigt, würde sich Deutschland bei der Geltendmachung dieses Rechtes nach Ablauf der Stillhaltefrist dem Einwande ausgesetzt sehen, daß es doch nicht mehr die Abänderung eines Zustandes fordern könne, den es einmal, wenn auch nur befristet, so doch immerhin freiwillig als erträglich anerkannt hat. Aber nicht nur bei Deutschland, sondern allem Anschein nach auch

bei Polen selbst würde das Projekt eines politischen Waffenstillstandes auf Widerstand stoßen. Man hat in Polen wohl im vergangenen Sommer gegen den Lavalschen Vorschlag nichts einzuwenden gehabt, da dieser einen einseitigen deutschen Verzicht auf Erörterung der Grenzfrage enthielt. Man weiß aber, daß ein entsprechender Vorschlag auf einer internationalen Konferenz kaum anders formuliert werden könnte, als als allseitiger Verzicht auf Grenzerörterung, daß also auch die polnische Seite für die Dauer des Waffenstillstandes nicht nur ihre eigenen, auf deutsches Gebiet gerichteten Annexionspläne, sondern auch ihr Verlangen nach endgültiger Grenzgarantie durch Deutschland zurückstellen müßte. Außerdem würde man in Polen keinesfalls bereit sein, anzuerkennen, daß eine nur befristete Zurückstellung der deutschen Revisionsforderung diejenige Sicherheit der polnischen Westgrenzen bietet, die man nach der These „Erst Grenzgarantie — dann Abrüstung!" für erforderlich hält. Demnach scheint der Gedanke eines politischen Waffenstillstandes auf der Abrüstungskonferenz nur wenig Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Wenn, wie Polen es offenbar wünscht, auf dieser Konferenz die Ostlocarno-Frage zur Diskussion gestellt wird, dann wird das voraussichtlich kaum anders als im Sinne einer deutschen Vollgarantie für die polnischen Westgrenzen geschehen.

Gegenüber dieser Begründung der alten polnischen Garantieforderung ist darauf hinzuweisen, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge die Ostgrenzenfrage hinsichtlich der Möglichkeiten, die für Deutschland bestehen, gar keine militärische Angelegenheit ist, daß es also völlig verfehlt ist, die Grenzangelegenheit und die Abrüstungsfrage in dieser Form in Zusammenhang miteinander zu bringen. Denn Deutschland hat sich in Locarno zwar geweigert, die Ostgrenzen ebenso wie die Westgrenzen anzuerkennen; es hat sich aber verpflichtet, die Revision nur mit friedlichen Mitteln zu betreiben und auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Deutschland hat damit sein Möglichstes getan. Weiter und vor allem aber wird die Auffassung, daß Polen erst abrüsten könne, wenn Deutschland die Grenzen garantiert habe, durch einen Vergleich des beiderseitigen Rüstungsstandes ad absurdum zu führen. Nur ein sicherheitswahnsinniger Franzose, ein angstkranker Pole oder ein pazifistischer Landesverräter, wie Fr. W. Förster, kann auf den Gedanken kommen, daß Deutschland — selbst wenn es wollte — eine Änderung der derzeitigen Ostgrenzen mit Waffengewalt herbeiführen könne. Von einer deutschen Gefahr im militärischen Sinne kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn sich im Osten ein Staat über militärisch ungesicherte Grenzen beklagen kann, dann ist das ganz gewiß nicht Polen. Wie sollte denn Deutschland einen Angriffskrieg gegen seine waffenstarrenden Feinde führen — dieses Deutschland, das keine Militärflugzeuge, keine chemischen Kampfmittel, keine Tanks, keine schweren Geschütze besitzt, das auf je 1 km Grenzabschnitt nur einen geringen Bruchteil der den Polen zur Verfügung stehenden Mannschaften, Maschinengewehre usw. aufstellen kann, und dessen „Befestigungen" bei Königsberg oder Küstrin sich im Vergleich zu dem, was Frankreich und Polen an ihren Grenzen gegen Deutschland angelegt haben, wie eine Karikatur moderner Verteidigungswerke ausnehmen! Es ist offensichtlicher Unsinn, wenn Polen behauptet, daß es nicht abrüsten könne, weil es befürchten müsse, daß sich Deutschland die ihm entrissenen Gebiete eines Tages mit Waffengewalt zurückholen werde. Einen militärischen Angriff auf ihre Westgrenzen haben sie nicht zu befürchten, da zu ihm auf deutscher Seite alle Voraussetzungen fehlen.

Je krasser das Mißverhältnis des Rüstungsstandes an den Ostgrenzen wird, um so stärker wird für die Polen der Wunsch und der Anreiz, ihre Überlegenheit in einem Angriff auszuproben. Wenn sich nicht etwa schon vorher zum Einmarsch eine Gelegenheit bietet, dann werden sie gewiß nicht zögern, einen Grenzrevisionsbeschluß der Mächte, sofern er für Deutschlands Gunsten ausfällt, mit einem Angriff auf deutsches Gebiet zu beantworten. Wenn also einmal im Urteil der Welt all die brüchigen „Argumente" zur Grenzfrage, mit denen die polnische Propaganda umgeht, versagen, wenn sich einmal selbst die Politik der „vollendeten Tatsachen" gegenüber der deutschen Revisionsbewegung nicht mehr als stichhaltig erweist, dann will Polen noch auf dieses letzte Argument, auf seine militärische Rüstung, zurückgreifen können. Und es wird sich dann nicht darauf beschränken, das, was es schon besitzt, gegen die deutsche Forderung und den Beschluß der Mächte zu behaupten; sondern es wird, alles auf eine Karte setzend, seine bewaffnete Faust auch noch nach dem ungeschützten deutschen Grenzland ausstrecken. Das heißt aber, daß die deutsche Ostfrage im Grunde eine militärische Angelegenheit ist und daß die Versailler Grenzen, die Deutschland niemals anerkennen wird, so lange eine Kriegsgefahr bleiben werden, solange Polen nicht zur Abrüstung gezwungen sein wird.

Dr. K.

Polen und die Tributfrage.

Es mutet auf den ersten Blick sonderbar an, daß die Tributfrage von der polnischen Presse schon seit Wochen mit größerem Eifer behandelt wird, als die Abrüstungsfrage. Es scheint, daß man sich in der letzteren Frage — unter dem Schutze Frankreichs — ziemlich sicher fühlt. In der Tributfrage aber schien man schon seit längerer Zeit grundlegende Entscheidungen zu fürchten, die auch die polnische Politik schwer treffen können, — obwohl Polen in dieser Frage formell eine durchaus untergeordnete Rolle spielt. Man weiß in Polen aber, daß die gesamte polnische Politik mittelbar oder unmittelbar auf der Tributpolitik Frankreichs aufgebaut ist. Man sieht in der Einstellung der Tributzahlungen eine schwere und nachhaltige Erschütterung des gesamten Versailler Systems, den Anfang vom Ende des „geheiligten Traktats von Versailles", in dem die Existenz des polnischen Staates verankert ist. Insbesondere fürchtet man wohl, daß, wenn Frankreich einmal keine Tribute mehr von Deutschland erhält, auch Polen das in finanzieller Hinsicht zu spüren bekommen wird, da man sich ja wohl darüber im klaren ist, daß vieles von dem, was zur Stärkung Polens im Kampf gegen Deutschland geschehen ist, mit den Geldern bezahlt worden ist, die der mächtige Bundesgenosse an der Seine vorher als Tribut aus Deutschland herausgepreßt hatte. Es ist deshalb verständlich, daß die Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland weder jetzt noch in Zukunft Tribute zahlen könne, auch in Polen eine ungeheure Erregung hervorgerufen hat.

Das größte polnische Blatt, der „Illustr. Kurj. Codz.", z. B. bezeichnet die Erklärung des Reichskanzlers als einen fast unfaßlichen Fehler der deutschen Politik. Die innere Lage in Deutschland übe auf die Gehirne der dortigen Staatsmänner einen derartigen Druck aus, daß diese die Fähigkeit eines klaren und nüchternen Urteils verlieren. (!) Man könne sich die Erklärung nur als die erste Rate deuten, die aus dem Fonds des gesunden Verstandes und der elementaren politischen Klugheit gezahlt wird, um die Dienste Hitlers zu erkaufen, dessen Programm darauf beruhe, Deutschland und Europa der Anarchie und dem Untergang zu weihen. (!)

Der der Regierung nahestehende „Kurjer Poranny" meint, daß die Erklärung Dr. Brünings die ganze Welt erschüttert habe; denn die Welt gebe sich zu gern Täuschungen hin, und es sei ihr peinlich, wenn sie aus diesen Täuschungen brutal wachgerufen werde. Die Tatsache, daß Dr. Brüning den Botschafter Englands als Vertrauten dieses ungeheuerlichen Wahnsinns (!) auserwählt habe, sei nicht ohne besondere Bedeutung, und man habe es hier mit keinem Zufall zu tun. Das Spiel sei mit vollem Bewußtsein abgekartet worden. Hier räche sich auch die Politik der Zugeständnisse des Herrn Briand, der daran nicht habe glauben wollen, daß, wenn man Deutschland den kleinen Finger reicht, es die ganze Hand bis zum Arm ergreife. Nach Meinung des Blattes ist es an der Zeit, die Kontrolle über Deutschland zu erneuern.

Der „Dzien Polski" schreibt u. a.: Deutschland habe Europa wiederum in eine Lage versetzt, aus der man schwer einen Ausweg finden werde; denn es sei nicht bekannt, ob die Konferenz in Lausanne überhaupt stattfinden werde. Die Frage werde noch durch die bis jetzt noch nicht geklärte Lage der Regierung Lavals in Frankreich kompliziert. Eines sei gewiß, daß dieser Schachzug das Vertrauen vollends untergraben werde, dessen sich der Reichskanzler in gewissen internationalen Kreisen erfreute. (Der „Dzien Polski" kann beruhigt sein. Nur in Polen und Frankreich kann dies Vertrauen erschüttert werden. Und dort hat es eigentlich niemals bestanden.) Dies könne Europa einen großen Schaden bringen, einen noch größeren aber Deutschland!

Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski" stellt fest, daß der Schritt Brünings dasselbe bedeute wie die Erklärung Bethmann-Hollwegs über den Vertrag mit Belgien, den er als einen Fetzen Papier bezeichnete. Bei einer solchen Einstellung müsse, dem „Kurjer Warszawski" zufolge, die Grundlage der gegenwärtigen Beziehungen zwischen den zivilisierten Völkern erschüttert werden. Das Schlimmste sei, daß Brüning seinen Schritt wahrscheinlich im Einvernehmen mit England und Amerika unternommen habe. Das rechtsstehende „ABC" stellt fest, daß der „gemäßigte" Kanzler Brüning das getan habe, was man erst von Hitler erwartet hätte. Auch dieses Blatt zieht Vergleiche zwischen Brüning und Bethmann-Hollweg. Der Ansicht des „ABC" zufolge unterliegt es keinem Zweifel, daß man gegenwärtig in eine entscheidende Phase des Kampfes um den Versailler Vertrag getreten sei. Ein Sieg der Deutschen in Lausanne würde bedeuten, daß weiteren Vertragsrevisionen Tor und Tür geöffnet würden. Der nationaldemokratische „Wieczor Warszawski" glaubt, daß Reichskanzler Brüning seinen Schritt weniger deshalb unternommen habe, weil Deutschland nicht zahlen könne, als vielmehr deshalb, um in erster Linie den Versailler Vertrag umzustoßen.

Die offiziöse „Gazeta Polska" stellt zunächst fest, daß die Partie von allen verloren worden sei. An die Stelle von Verständigung und Verstehen sei die Methode der Schaffung von Tatsachen getreten. Diese Methode sei der Welt durch die Deutschen aufgezwängt worden. Dem Anscheine nach hätten Amerika, England und Frankreich verloren und die Deutschen gewonnen. Das sei in Wirklichkeit aber anders. An dieser Stelle schreibt die „Gazeta Polska" wörtlich: „Es ist ein Unterschied zwischen einem Vertrage und einer Erpressung, zwischen dem Unglück und dem Hochmut, zwischen der Unmöglichkeit der Durchführung eines Vertrages und dem Bruch eines Vertrages." Das Blatt stellt dann weiterhin fest, daß die Deutschen seit Brünings Erklärung aufgehört hätten, Opfer zu sein; und das sei ihr nicht wieder gutzumachender Verlust. Jetzt lägen die Karten offen, und ein zweites Mal würde es den Deutschen nicht gelingen, mit falschen Karten zu spielen.

Neues zur Grenzrevisionsfrage.

Nichtangriffspakte und Ostlocarno.

Im Berliner Auswärtigen Amt werden die Verhandlungen, die Rußland mit Frankreich, Polen, Rumänien und den anderen Oststaaten über einen Nichtangriffspakt führt, genau verfolgt. Besonders dem polnischen Bestreben, in den Nichtangriffspakt einen Passus aufzunehmen, der die bisher bestehenden Grenzen garantieren soll, wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird richtig erkannt, daß es Polen nur darauf ankommt, Bundesgenossen für den Weiterbestand des von der ganzen Welt bereits als europäischen Friedensstörer erkannten Korridors zu finden. Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirksen, ist angewiesen, der russischen Regierung noch einmal nahezulegen, eine Grenzgarantie nicht zu übernehmen, da dies für Rußland selbst einmal unangenehme Folgen haben könnte. Auch die deutschen Vertreter in den anderen in Frage kommenden Staaten dürften ähnliche Instruktionen erhalten, damit sie die Regierungen darauf aufmerksam machen können, daß für Deutschland die bestehenden Grenzen im Osten des Reiches für die Dauer untragbar sind und auf keinen Fall aufrechterhalten werden können.

Dänemark und die Ostgrenzen.

Seitdem sich die Dänen dem französischen Kultureinfluß verschrieben haben, „ist etwas faul im Staate Dänemark". Sie haben durch ihre Franzosenfreundschaft, die man nicht zu Unrecht als einen Verrat am germanischen Volkstum bezeichnet hat, schon mehrfach eine erstaunlich taktlose Rolle in der großen Politik gespielt, vor allem gegen Ende des Krieges, als sie sich als einzige neutrale Macht auf die Seite der Gegner Deutschlands schlugen, um an der Verteilung der Beute teilnehmen zu können. Ihre politische Freundschaft zu Frankreich haben die Dänen auch auf Polen übertragen, mit dem sie sich in mehrfacher Hinsicht als Nutznießer des Versailler Diktats verbunden fühlten. Eine dänisch-polnische Zusammenarbeit gegen Deutschland gibt es sowohl auf innerpolitischem wie auf außenpolitischem Gebiet; auf innerpolitischem insofern, als die dänische und die polnische Minderheit in Deutschland gemeinsame Sache miteinander machen, z. B. gemeinsam eine Zeitschrift in deutscher Sprache, „Die Kulturwehr" herausgeben, wobei die Polen freilich die unbedingt Tonangebenden und die Dänen die mehr oder weniger brauchbaren Mitläufer sind. Wichtiger ist die dänisch-polnische Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet; sie bezieht sich vor allem auf die Ostgrenzenfrage. Im Ausbau der amtlichen Beziehungen zwischen Kopenhagen und Warschau, der in den letzten Monaten durch verschiedene gegenseitige Besuche gefördert worden ist, wie in der polenfreundlichen Haltung einiger einflußreicher dänischer Blätter ist diese Zusammenarbeit zum Ausdruck gekommen. Dänische Firmen haben sich stark am Ausbau des Hafens von Gdingen beteiligt. Man erwartet von Gdingen offenbar gewisse Vorteile für den dänischen Export nach Polen und den habsburgischen Nachfolgestaaten, zu denen man durch den Korridor einen von Deutschland unabhängigen Zugang erlangt hat. Wirtschaftliche Überlegungen aber sind es nicht allein, die diese dänischen Kreise zu ihrer polenfreundlichen Haltung in der Ostgrenzenfrage bestimmte. Politische Interessen spielen hier zweifellos mit. Man ist nämlich der Auffassung, daß Dänemark in der Ostsee an Einfluß gewinnen könne, wenn die Küste unter möglichst viele Staaten, von denen keiner die Führung in diesem Raume besitzt, aufgeteilt ist. Man ist daher auch am Fortbestehen des Korridors, der die deutsche Stellung an der Ostsee schwächt, interessiert. Aus diesem Grunde glauben z. B. „Flensborg Avis", das Blatt der Flensburger Dänen, und die Kopenhagener „Nationaltidende" gegen die deutsche Grenzrevisionsbewegung Stellung nehmen zu sollen. Das Kopenhagener Blatt hat kürzlich in einem Leitartikel unter dem Titel „Der sterbende Ostseehafen" Anschauungen vorgetragen, die für diese dänischen Kreise charakteristisch sind: Danzig, so heißt es da, sterbe an Gdingen. Aber dessen Ausbau sei eine Folge der „anmaßenden Politik" Danzigs (!), einer „ausgeprägt polenfeindlichen Stadt", die immer wieder ihre Wiedervereinigung mit Preußen verlange. Für den Kampf dieser rein deutschen Stadt gegen die polnische Überfremdungspolitik scheint die „Nationaltidende" kein Verständnis aufbringen zu können; sie behauptet im Gegenteil, Senat und Volkstag in Danzig seien selbst bei den unbedeutendsten Gelegenheiten darauf aus, „Polen zu schikanieren"! Dasselbe Blatt gibt weiter einerseits unumwunden zu, daß der Korridor 1919 eine überwiegend deutsche Bevölkerung gehabt hat; im selben Satz räumt es aber den Polen ein historisches Recht auf einen Korridor ein, das durch die inzwischen eingetretene Verschiebung der Nationalitätenverhältnisse auch zu einem nationalen Recht geworden sei. Über die brutale polnische Verdrängungspolitik verliert dieses dänische Blatt aber kein Wort, weil es offenbar alles, was Deutschland schadet, schon aus diesem Grunde, für gerechtfertigt hält — eine Einstellung, die durchaus der in Frankreich und Polen herrschenden Stimmung entspricht und die besser als wirtschaftliche Argumente die dänische Franzosen- und Polenfreundschaft erklärt.

Paderewski, Leiter der polnischen Amerika-Propaganda?

Meldungen der Sanierungspresse zufolge soll in Kürze in den Vereinigten Staaten eine großzügige Propagandaaktion aufgezogen werden, um der antipolnischen Stimmung, die sich jenseits des Ozeans immer stärker geltend macht, das Wasser abzugraben. An die Spitze dieses Propagandafeldzuges will sich Paderewski stellen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er einen Teil seines erheblichen Vermögens diesem Zweck opfern wird, wie er auch der Propaganda im Auslande schon erhebliche Opfer gebracht hat. Nur trat er bisher als Propagandachef nicht so deutlich in Erscheinung. In Amerika schätzt man Paderewski als Klaviervirtuosen fraglos sehr hoch, und das will er offenbar ausnutzen, um seinem Ziel näherzukommen. Er beabsichtigt eine Vortragsreise über die Revision des Versailler Vertrages und des Korridorproblems, also über Fragen, die jetzt in den Brennpunkt der Welterörterung gerückt sind. Vielleicht will Paderewski auch auf diese Weise neue Brücken nach Warschau schlagen, die er seit seinem Rücktritt als Ministerpräsident restlos abgebrochen hat.

Polnische Oberschlesien-Propaganda.

Im Auftrage der Propagandaabteilung des Außenministeriums soll demnächst eine Propagandaschrift über Oberschlesien unter dem Titel „Oberschlesien das Land der Gegensätze" in Paris erscheinen. Dieses Propagandawerk hat ein Mitglied der Propagandaabteilung, J. Weinstein, zum Verfasser und wird in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen. Die Übersetzung in einige andere Sprachen ist nicht ausgeschlossen. Auf dieses Propagandawerk wird noch zurückzukommen sein. Der Verfasser macht den Versuch, den rein polnischen Charakter Oberschlesiens, und zwar nicht nur Ost-, sondern auch Deutschoberschlesiens, an Hand sogenannter historischer Tatsachen nachzuweisen. Dabei stützt sich der Verfasser auf Quellen, die auf jede Zuverlässigkeit grundsätzlich verzichten oder vor dem Urteil der Wissenschaft recht zweifelhaft sind.

Revision des Diktates von Trianon?

Im Zusammenhang mit den Erörterungen des Donau-Raumproblems wird in Wiener politischen Kreisen ein Gerücht lebhaft besprochen, das, wenn es sich bewahrheiten sollte, eine politische Sensation ersten Ranges bedeuten müßte. An Wiener Stellen will man nämlich davon wissen, daß man sich am Quai d'Orsay entschlossen habe, einer Revision des Vertrages von Trianon zuzustimmen. In Prag herrsche darüber große Unruhe und Nervosität. Benesch habe zwar in den letzten Monaten eine emsige Tätigkeit für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donaustaaten entfaltet; Prag sei jedoch schwer enttäuscht darüber, daß man in Paris über den Rahmen der von der tschechoslowakischen Außenpolitik gesteckten Ziele weit hinausgehe und Ungarn soweit entgegenkommen wolle, daß man an dem durch die früheren Verträge geschaffenen Status quo im Donauraum rütteln wolle. Wie es heißt, soll Paris beabsichtigen, einer Revision der ungarischen Grenze in der Slowakei, aber auch Rumänien und Südslawien gegenüber, zuzustimmen. Der Zweck des Besuchs des Königs Alexander von Südslawien in Paris finde in diesem Zusammenhang seine Aufklärung. Auffallend ist jedenfalls, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit Ungarns und der Tschechoslowakei in den letzten Monaten wiederholt das Thema politischer Reden führender ungarischer und tschechischer Politiker gebildet hat, und Bethlens Formel, einer wirtschaftlichen Verständigung müsse eine politische Verständigung zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei vorangehen, paßt sich in dieses Konzept gut ein. Österreich sei nach alledem in diesem Plan zunächst keine Rolle zugedacht. Österreich müsse, wenn es gelinge, Ungarn und die Tschechoslowakei zu einer Zusammenarbeit zu bringen, automatisch der neuen Gruppierung beitreten. (?)

*

Ausweisung deutscher Optanten aus Polen.

Über 70 Familien im Korridor, die seinerzeit für Deutschland optiert hatten, erhielten kürzlich von den Verwaltungsbehörden die Mitteilung, daß sie die Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung versäumt und dieserhalb Polen zu verlassen oder das Versäumte nachzuholen hätten. Als sich die Optanten an die zuständigen Starosteien um Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wandten, wurde ihnen dies abgelehnt, so daß sie bis zum 20. Januar Polen verlassen müssen. Wie steht es mit den polnischen Optanten in Deutschland?

Wegen dieser Ausweisungen hat der deutsche Generalkonsul in Thorn bereits Schritte bei dem Wojewoden unternommen und darüber nach Berlin berichtet. Der Bericht des Generalkonsuls liegt gegenwärtig dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vor. Wenn die Prüfung abgeschlossen sein wird, werden deutscherseits weitere Schritte unternommen werden.

Die Lage in Danzig.

Die Entwicklung Danzigs wurde im vergangenen Jahre von dem Ergebnis der Novemberwahlen 1930 bestimmt, in deren Gefolge eine bürgerliche Minderheitsregierung mit nationalsozialistischer Stützung ans Ruder kam. Innenpolitisch hat diese Regierung wohl alles getan, was bei der unglückseligen völkerrechtlichen und wirtschaftspolitischen Zwitterstellung der Freien Stadt geschehen konnte. Das Wichtigste ist, daß der Staatshaushalt in Ordnung gebracht und eine innerpolitische Beruhigung herbeigeführt werden konnten. Das erstere konnte freilich nur unter schweren Opfern aller Bevölkerungskreise, das letztere nur unter heftigem Widerspruch der Linksparteien (Auflösung des sozialdemokratischen Arbeiterschutzbundes im Zusammenhang mit der Ermordung eines Nationalsozialisten!) erreicht werden. Das scharfe Durchgreifen des Senates zur Sicherung der öffentlichen Ordnung hat den außenpolitisch für Danzig hoch anzuschlagenden Erfolg gehabt, daß die polnische Hetze gegen das angeblich „politischer Anarchie verfallende Danzig", die bekanntlich zu einem überaus scharfen Konflikt zwischen dem Senat und dem diplomatischen Vertreter Polens, Dr. Strasburger, geführt hatte, in sich zusammenbrach und daß der Danziger Völkerbundskommissar, sehr zum Leidwesen der polnischen Propaganda, mehrmals die zufriedenstellende Beruhigung der innerpolitischen Lage in Danzig feststellen konnte. Eine neuerliche Anspannung der parteipolitischen Gegensätze, die aber schwerlich wieder in Gewalttaten ausarten dürfte, ist durch das aggressive Auftreten der Linksparteien, die Neuwahlen erzwingen wollen, hervorgerufen worden.

Am 30. Dezember hatte der Senat der Freien Stadt Danzig dem Volkstage einen durch Volksbegehren der Opposition der Kommunisten und Sozialdemokraten zustande gekommenen Antrag auf Auflösung des gegenwärtigen, im November 1930 gewählten Volkstages vorgelegt. Am Volksbegehren hatten sich mehr als ein Zehntel der Stimmberechtigten beteiligt. Die bürgerlichen Regierungsparteien sowie die Nationalsozialisten hatten für ihre Anhänger die Parole ausgegeben, sich nicht an diesem Volksbegehren zu beteiligen, da es sich hier um ein parteiagitatorisches Manöver handle. Verfassungsgemäß mußte das zustande gekommene Volksbegehren der Linken vom Senat als Gesetzentwurf dem Volkstag zugeleitet werden. Der Senat beantragte im Volkstag, diesen Antrag abzulehnen. Die Notlage des Staates und der Gemeinden sowie der privaten Wirtschaft erfordere, daß mit allen Mitteln die von der jetzigen Regierung angestrebte Politik der äußersten Sparsamkeit fortgesetzt werde. Auch die vielen das Wirtschaftsleben Danzigs stark berührenden, in der Schwebe befindlichen Verhandlungen mit auswärtigen Staaten verlangen eine konsequente Durchführung der von der jetzigen Regierung eingeleiteten Maßnahmen. Ein monatelang sich auswirkender Wahlkampf könne die innen- und außenpolitische Lage der Freien Stadt Danzig in der gegenwärtigen Zeit ernstlich gefährden. Im Senat ist der Auflösungsantrag am 5. Januar mit 43 gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Polen abgelehnt worden. Nach dieser Ablehnung wird für den Volksentscheid die Mehrheit aller stimmberechtigten Wähler in Stadt und Land, das sind rund 111 000, notwendig sein. Der Volksentscheid ist auf den 24. Januar festgesetzt worden. Danzig steht also im Zeichen eines Wahlkampfes, von dessen Ausgang ungeheuer viel für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Danziger Deutschtums abhängt. Daß eine neue Regierung, die Danzigs Selbständigkeit gegenüber Polen wahren will, unter den heutigen Verhältnissen etwas wesentlich anderes tun kann als die derzeitige Regierung, ist im höchsten Grade unwahrscheinlich. Ist eine neue Regierung aber zu einem grundsätzlichen Kurswechsel entschlossen, dann könnte das nur eine Preisgabe Danziger Rechte gegenüber Polen bedeuten.

Die fortgesetzte Schädigung der Danziger Wirtschaft durch Polen hat den Senat der Freien Stadt gezwungen, drei Noten, die zugleich dem Völkerbundskommissar zur Kenntnis zugeleitet worden sind, an die polnische Regierung zu richten. In der ersten Note wendet sich die Danziger Regierung gegen die polnische Absicht, gestaffelte Einfuhrzolltarife einzuführen. Darin wäre eine Verletzung des in der Entscheidung des Völkerbundkommissars vom 26. Oktober 1931 aufgestellten Grundsatzes zu erblicken, wonach Polen nicht berechtigt ist, durch Anwendung von Vorzugsmaßnahmen zugunsten Gdingens Danzig zu benachteiligen. Ein solcher Schritt Polens wäre als unzulässige „action directe", da die Gdingener Frage ja gegenwärtig vor den Völkerbundinstanzen schwebt, Polen also nicht einseitig Maßnahmen zum Schaden Danzigs treffen darf. — Die zweite Note führt Klage darüber, daß Polen die neuen Einfuhrverbote ab 1. Januar in Kraft gesetzt, der Danziger Regierung sie aber erst am 28. Dezember zur Kenntnis gebracht habe. Dadurch habe Polen die vertraglichen Bestimmungen verletzt, in denen festgelegt ist, daß Polen vor Erlaß zoll- und wirtschaftspolitischer, Danzig berührender Verordnungen die Freie Stadt anhören und ihr eine Frist von 20 Tagen lassen müsse, die eignen Wünsche anzumelden. — In der dritten Note wird eingehend dargelegt, wie durch die neuen zollpolitischen Maßnahmen die Interessen der Freien Stadt in Mitleidenschaft gezogen werden. Die überstürzte Inkraftsetzung habe es der Danziger Zollverwaltung fast unmöglich gemacht, ihre untergeordneten Organe ausreichend zu informieren, so daß eine ordnungsgemäße Abfertigung der betreffenden Waren außerordentlich erschwert worden sei. Es wird mit allem Nachdruck die Einhaltung der Verpflichtung zur vorherigen Anhörung der Freien Stadt vor Erlaß wirtschaftspolitischer Verordnungen verlangt. — Trotz aller dieser und anderer Schädigungen des Danziger Wirtschaftslebens durch Polen hat der Danziger Senat davon Abstand genommen, von seinem Recht Gebrauch zu machen, das Warschauer Abkommen von 1921, in dem die Danzig-polnische Wirtschaftsgemeinschaft festgelegt wurde, zu kündigen.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist die Handlungsfreiheit der Danziger Regierung durch die Wirtschaftsunion mit Polen ganz entscheidend behindert. Die Danziger Wirtschaft liegt schwer danieder. Es ist wohl gelungen, den Danziger Gulden vom englischen Pfund zu lösen und die Währung hinsichtlich ihrer Golddeckung vollkommen zu sichern. Aber Landwirtschaft, Gewerbe und Handel befinden sich in einer schweren Krise. Polen mit seiner niedrigen Währung und seinen geringeren Arbeitslöhnen erdrückt das zollpolitisch wehrlose Danzig. Die Zufuhr billigerer Lebensmittel und mancher gewerblicher Produkte aus Polen ruinieren die qualitativ hochstehende Landwirtschaft und das Handwerk in Danzig. Gegenwärtig muß der Freistaat über 33 000 registrierte Arbeitslose bei einer Einwohnerzahl von rund 407 000 unterhalten. Alle Bemühungen des Senats, den Zustrom polnischer Arbeitskräfte, die den Danziger Arbeitsmarkt unerträglich belasten, zu hemmen, sind an dem böswilligen und hartnäckigen Widerstand Polens gescheitert. Die polnischen Versprechungen, dem Zuzug nach Danzig zu steuern, blieben im wesentlichen unerfüllt.

In einer Rundfunkrede am Silvesterabend hatte sich der Danziger Senatspräsident Dr. Ziehm mit der Gesamtlage Danzigs und insbesondere mit dem Danziger Verhältnis zu Polen auseinandergesetzt: „Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen sind weit davon entfernt, den Wünschen der Freien Stadt Danzig zu entsprechen. Das ist leider seit vielen Jahren so, ja, solange der Freistaat besteht. Das liegt aber nicht an Danzig. Danzig ist allezeit zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemäß den Verträgen, auf denen die Existenz der Freien Stadt beruht, bereit gewesen. . . . Polen hat es nicht verstanden, in Danzig moralische Eroberungen zu machen. Wenn Minister Zaleski davon spricht, daß Polen für Danzig die natürliche Grundlage seines Wohlstandes bilde, so ist richtig, daß nach einer ausgesprochenen Ansicht der Verfasser des Versailler Vertrages es so sein sollte. Die Tatsachen sind aber leider entgegengesetzt. Das Verhältnis zwischen Danzig und Polen erfährt eine schwere Belastung durch die Schädigungen, welche die Freie Stadt auf wirtschaftlichem Gebiet fortgesetzt durch Maßnahmen der polnischen Regierung erleidet." Der Senatspräsident ging sodann auf den Boykott Danziger Waren in Polen, auf die Überschwemmung des Danziger Arbeitsmarktes durch Polen und auf die ungerechtfertigte polnische Forderung auf Nachzahlung von 50 Mill. Zloty aus den Zöllen ein und fuhr dann fort: „Worauf die polnische Politik hinzielt, zeigt klar der Antrag, den Polen beim Völkerbund gestellt hat und der augenblicklich dem Haager Gerichtshof zur Erstattung eines Gutachtens vorliegt. Polen kehrt darin den in den Versailler Vertrag zum Schutz der Polen aufgenommenen Satz, daß die Polen in Danzig wegen ihrer Nationalität keine Nachteile erleiden sollen, völlig in das Gegenteil um und fordert für die polnischen Staatsangehörigen, ja selbst für jeden polnisch sprechenden Ausländer in Danzig, Rechte, die selbst über die Rechte der Danziger Staatsangehörigen weit hinausgehen und deren Gewährung die finanzielle sowie politische und nationale Grundlage der Freien Stadt zerstören würde. Auch für den Friedlichsten muß ein Nachgeben da aufhören, wo die Selbstaufgabe und der Verzicht auf die Eigenart anfängt. Nimmt man den Konkurrenzstreit mit Gdingen hinzu, in dem es sich um eine Lebensfrage für Danzigs Handel handelt, und nimmt man ferner den schwebenden Streit um die Eisenbahnen hinzu, in dem Danzig sich dagegen wehrt, daß die Eisenbahn zu einem Instrument der Polonisierung Danzigs von Polen benutzt wird, so erkennt man, daß es sich bei Austragung dieser Streitfragen vor den Instanzen des Völkerbundes um Sein oder Nichtsein unseres Staates handelt."

Die Beziehungen Danzigs zur Sowjetunion.

Die „Iswestija" gedachte der Tatsache, daß seit fünf Jahren Beziehungen zwischen Danzig und der Sowjetunion bestehen, und bemerkt dazu: Das Verhältnis zwischen beiden Staaten hat sich in dem abgelaufenen Zeitraum immer mehr befestigt. Es wird gekennzeichnet durch einen ununterbrochenen Fortschritt. Mit Recht weist die Danziger Presse darauf hin, daß die Handelsbeziehungen Danzigs zur Sowjetunion zu den wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen Danzigs gehören. Man kann hoffen, daß die weiteren Beziehungen der Sowjetunion zum Freistaat Danzig sich noch mehr erweitern und festigen. Die Feier des fünften Jahrestages der Beziehungen zwischen beiden Staaten eröffnet eine günstige Aussicht auf einen weiteren Ausbau des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Danzig.

Einfuhrdrosselung in Polen.

Auf die auch im „Ostland" vertretene Auffassung, daß die Einführung der Importausgleichssteuer in Polen einer endgültigen Preisgabe des deutsch-polnischen Handelsvertrages gleichkommt, hat die halbamtliche Warschauer Agentur „Iskra" erwidert: Nicht die Einführung dieser Steuer, sondern nur eine dadurch bewirkte nachweisliche Schädigung des deutschen Handels sei als Kündigungsgrund für den Handelsvertrag vorgesehen. Dieses Argument könne daher vor der Inkraftsetzung des Vertrages nicht geltend gemacht werden. Das ist ein Streit um Worte, eine juristische Tüftelei, die an der wirtschaftlichen Tatsache nichts ändert, daß der Rauschervertrag für Deutschland völlig unannehmbar ist und durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der polnischen Regierung, von denen die Importausgleichssteuer nur ein Teil ist, von Monat zu Monat nur noch unannehmbarer wird.

Vom 1. Januar 1932 an ist für die Dauer eines Jahres die Einfuhr von 200 Unterpositionen des polnischen Zolltarifs verboten worden. Rund ein Fünftel der polnischen Gesamteinfuhr fällt unter diese Verbotsliste. Die polnische Einfuhr aus Deutschland ist jedoch weit höher von den Einfuhrverboten betroffen; 27 v. H. werden durch die neuen Verbote glatt ausgeschaltet, und ein Drittel der Gesamteinfuhr der Waren, die jetzt verboten sind, stammte aus Deutschland. Die polnische Regierung hat sich bei Bekanntgabe der Einfuhrverbotsliste zu Verhandlungen bereit erklärt; sie gibt damit also doch zu, was von polnischer Seite bisher immer bestritten wurde, daß, wenn überhaupt eine vertragliche Regelung des polnischen Handelsverkehrs eintreten soll, vorher verhandelt werden muß. Die angebotenen Verhandlungen sollen eine rigorose Anwendung der einzelnen Verbotsmaßnahmen durch die Gewährung bestimmter Kontingente abwenden. Aber auch wenn Polen einzelne Ausnahmen von den Einfuhrverboten zugesteht, bleibt noch immer eine ungeheure Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach Polen bestehen. Sie wird besonders noch dadurch gesteigert, daß für eine Reihe der jetzt verbotenen Einfuhrwaren vorsorglich schon jetzt starke Zollerhöhungen von polnischer Seite vorgenommen worden sind.

Das Finanzministerium hat ein Monopolstatut ausgearbeitet, welches den Import sämtlicher Südfrüchte umfaßt. Dieses Monopol bezweckt vor allen Dingen, den gesamten Import an Südfrüchten im Gdingener Hafen zu konzentrieren, wo entsprechende Umschlags- und Lagereinrichtungen geschaffen werden sollen. Von Gdingen aus sollen neben Polen auch die baltischen Staaten mit Südfrüchten versorgt werden, so daß Gdingen gleichsam als die Südfruchtzentrale Osteuropas gedacht ist. Das Monopol soll sich auf zollpolitische Privilegien stützen, die ihm die Lebensfähigkeit garantieren sollen. Der über die trockene Grenze geleitete Import soll mit Höchstzöllen, der seewärtige Import über Danzig mit Mittelzöllen und der Import über Gdingen mit Niedrigstzöllen belegt werden. Als Entgelt für diese Zollprivilegien soll sich die Monopolgesellschaft verpfichten, den Export polnischer, insbesondere landwirtschaftlicher Erzeugnisse, nach denjenigen Staaten zu fördern, aus denen die Südfrüchte bezogen werden. Auf diese Weise wird also eine Art Präferenzsystem durchgeführt, das dem Konsumenten freilich kaum zugute kommen dürfte.

In Kreisen des polnischen Südfruchthandels hat der Gedanke der Importmonopolisierung von vornherein schärfste Ablehnung erfahren. Die Handelsorganisationen haben — freilich erfolglos — bei den amtlichen Stellen interveniert. Mit dieser Importregelung ist fraglos ein neuer Schlag geführt gegen den Danziger Handel sowie gegen die deutschen Seehäfen und gegen die Tschechoslowakei, die bisher eine wichtige Vermittlerrolle im polnischen Südfruchthandel spielten. Im übrigen verlautet, daß diese Importreglementierung ebenso auch auf andere Einfuhrwaren ausgedehnt werden soll.

Die Vernichtung des deutschen Schulwesens.

Im Jahre 1925 hörte die Abwenderung deutscher Menschen aus **Posen und Pommerellen** fast gänzlich auf. Der Zahlenstand der dortigen Deutschen blieb fest, er nahm sogar, entsprechend dem natürlichen Bevölkerungszuwachs, zu. Dennoch sank seit dem 1. September 1925 die Zahl der deutschsprachigen Schulen von 507 auf 239. Von diesen 239 gebliebenen deutschen Schulen sind 125 polnischen Schulen angegliedert bzw. polnischen Schulleitern unterstellt. Neuerdings beginnt man mit der teilweisen Einführung der polnischen Unterrichtssprache in den deutschen Schulen. An 24 Schulen ist diese Tatsache bereits festgestellt worden. Fast durchgehend wird in diesen Schulen auf Grund einer *„mündlichen Verfügung"* (!) des Kreisschulinspektors Erdkunde und Geschichte in polnischer Sprache erteilt. In mehreren Schulen ist auch für Rechnen und Gesang (!) die polnische Unterrichtssprache verordnet worden. Das ist vor allem da festzustellen, wo der Lehrer der ein- bzw. zweiklassigen deutschen Schule ein Pole ist. (Sławęcin, Ogorzeliny, Ciechocin, Lichnowy im Kreise Konitz.) Diese Verpolung deutscher Schulen geht sogar so weit, daß man die Oberstufe der entsprechenden polnischen Klasse einverleibt (in Briesen, Wittenburg, Jutrosin).

Mit der gesetzwidrigen Zerschlagung deutscher Schulen, die von 40 und mehr Kindern besucht wurden, hat man auch in letzter Zeit nicht aufgehört. Nach polnischem Schulgesetz darf eine öffentliche deutsche Schule erst dann aufgelöst werden, wenn die Zahl der Kinder in dieser Schule wenigstens im Laufe zweier aufeinander folgender Schuljahre unter 40 fällt. Und doch sind auch die deutschen Schulen Radwanki (Kreis Kolmar) und Jarantowitz (Kreis Briesen) aufgehoben worden, obwohl ihre Kinderzahl erst einmal unter 40 lag. Jarantowitz hatte außer den 39 festeingeschulten deutschen Kindern noch 20 Optanten-Kinder und 4 Gastkinder! Jabłonna (Kreis Lissa) hatte 47, Langenau (Kreis Bromberg) hatte 46 deutsche Kinder und wurden trotzdem aufgelöst! Die Langenauer müssen seit dem 1. September 1931 die polnische Schule am Ort besuchen, in Jobłonna hat der polnische Lehrer die polnische Unterrichtssprache eingeführt. Alles in allem sind im Laufe des Schuljahres 1930/31 wieder 21 deutsche Schulen geschlossen und — rund 50 deutsche Lehrer außer Dienst gesetzt worden, obwohl sie noch nicht das pensionsfähige Alter hatten!

In Polen besteht die Vorschrift, daß für mindestens 12 deutsche Kinder in einer Schule deutscher Sprachunterricht zu geben ist. Und doch gibt es bereits rund 130 polnische Schulen mit mehr als 3000 deutschen Kindern, die keine deutschen Sprachstunden haben. Darunter sind 15 Schulen mit je 30 und mehr deutschen Schülern! (Die Schule Zboże, Kreis Zempelburg, zählt sogar 41 deutsche Kinder!!)

Auch in **Ostoberschlesien** gibt es seit 1928 eine nennenswerte Abwanderung von Deutschen „nach dem Reiche" nicht mehr. Im Schuljahr 1927/28 wurden die staatlichen deutschen Volksschulen von rund 21 000 Kindern besucht, das Schuljahr 1930/31 weist die Zahl 14 282 auf. Dementsprechend ist die Zahl der staatlichen deutschen Volksschulen von 84 (Schuljahr 1927/28) auf 66 herabgedrückt worden. Und 52 von diesen 66 staatlichen deutschen Volksschulen haben polnische Schulleiter! Die sechs staatlichen und städtischen höheren Minderheitsschulen haben alle polnische Direktoren, von den 104 Lehrern, die an ihnen wirken, sind 78 — Nationalpolen!

Gegenwärtig besitzt die deutsche Minderheit in **Kongreßpolen** (ohne Cholmerland) von den 564 Schulen, die der polnische Staat im Jahre 1919 übernahm, kaum 100, in denen der Unterricht „zweisprachig" ist. In den 13 Lodzer deutschen Volksschulen (mit rund 100 Klassen) ist seit dem 1. September 1931 die polnische Unterrichtssprache eingeführt worden. Eine nennenswerte „deutsche Abwanderung" gab es in Kongreßpolen nicht!

Die 35 000 evangelischen Deutschen in **Galizien** haben von alters her private Kirchenschulen. Der Staat kann also hier in „seinem Sinne" nicht so leicht „Korrekturen" vornehmen. Anders steht es hier mit den 25 000 katholischen Deutschen. Ihnen hat man 30 Staatsschulen „zur Verfügung gestellt", in denen rund 1400 Kinder unterrichtet werden. Aber nur in 6 Schulen ist die Unterrichtssprache Deutsch, in 17 Schulen wird Deutsch nur als „Fach" gelehrt (in manchen Schulen kaum 2 Stunden wöchentlich) und in 7 Schulen hört das deutsch-katholische Kind kein deutsches Wort mehr. — Es gibt in Galizien auch 8 katholische Privat-Volksschulen mit rund 300 Schulkindern. Mit großen Opfern hat die deutsch-katholische Kolonie Mühlbach vor drei Jahren eine Privat-Volksschule errichtet, ohne aber bisher die Konzession zu erlangen. Das schöne Gebäude steht leer, und die deutschen Kinder müssen weiter die staatliche baufällige Schule besuchen, wo sie kein deutsches Wort hören.

Die deutsche Sprachinsel im **Cholmerland** (südöstliches Kongreßpolen) zählt 18 000 Köpfe. Bis vor 2 Jahren hatten die deutschen Kinder in den polnischen Schulen 2 Stunden wöchentlich evangelischen Religionsunterricht mit dem dazu notwendigen deutschen Leseunterricht. Dann aber erließ die Schulbehörde ein strenges Verbot, während des Religionsunterrichtes deutschen Leseunterricht zu geben. Durch diese Bestimmung ist die Erteilung des Religionsunterrichtes erschwert, der ohne vorherige Unterweisung in der gotischen Schrift und deutschen Sprachlehre unmöglich ist.

Polnischer Seelenkauf in Südostpreußen.

Ein polnisches Schulwesen gibt es in Ostpreußen nicht erst seit dem Inkrafttreten der Minderheitenschulverordnung vom 31. Dezember 1928. Das Recht auf polnischen Unterricht hatten die Polen auch schon vorher gehabt auf Grund einer Verordnung vom 31. Dezember 1918. In der Abstimmungszeit hat es im Kreise Allenstein bereits einmal eine Reihe polnischer Schulen gegeben, die aber nach der Abstimmung bald wieder verschwanden. Jahrelang hat dann der polnische Schulverein Kinder für den polnischen Unterricht in den Volksschulen geworben. Die geringen Erfolge, die er mit seinen Anstrengungen erzielen konnte, gingen jedoch bald wieder verloren. Sogar der Plan eines polnischen Gymnasiums in Allenstein war damals schon der Verwirklichung nahe, konnte aber wegen des geringen Interesses in Kreisen der polnischen Minderheit nicht durchgeführt werden. Erst die Minderheitenschulverordnung von 1928 hat dem polnischen Schulwesen soweit auf die Beine geholfen, daß heute in Südostpreußen, also in Ermland und Masuren, bereits 15 polnische Minderheitsvolksschulen bestehen, von denen allein 13 auf den Kreis Allenstein entfallen.

Nachstehende Übersicht gibt die Zahl der Kinder in den polnischen Schulen und Kindergärten im Kreise Allenstein an:

	Schüler poln. Schulen	Kinder in poln Kindergärten		Schüler poln. Schulen	Kinder in poln. Kindergärten
Dietrichswalde	20	16	Gr. Leschno .	14	—
Neukaletka .	30	30	Skaibotten .	7	—
Neuwuttrienen	17	8	Jommendorf .	9	—
Plautzig . .	20	9	Wemitten . .	10	—
Przykopp . .	—	8	Gr. Purden .	20	—
Schönfelde .	15	—	Gillau . . .	10	—
Woritten . .	13	21	Braunswalde .	9	—

Hinzu kommt noch eine polnische Schule in Sternsee mit 8 Kindern im Kreise Rößel und eine Schule in Piassutten mit 1 Kind im Kreise Ortelsburg; dieses ist die einzige polnische „Schule“ in Masuren.

In diesen 15 Schulen werden 203 Kinder unterrichtet, so daß auf eine Schule 13 oder 14 Kinder entfallen; nur eine Schule hat 30 Kinder; 3 Schulen werden von 20 Kindern besucht; 11 Schulen haben nur 10 und weniger Kinder aufzuweisen. Das ist der „Erfolg“ einer dreijährigen intensiven Werbearbeit! Einen besseren Beweis für die Haltlosigkeit ihrer Ansprüche auf Ostpreußen konnten die Polen kaum liefern; denn im südlichen Ostpreußen, in dem sie nach dreijährigem Bemühen ganze 203 Kinder aufgebracht haben, gibt es weit über 100 000 Kinder, die deutsche Schulen besuchen. Mit der Hervorhebung dieser Zahlen soll die polnische Tätigkeit in Ostpreußen nicht als belanglos hingestellt oder als ungefährlich abgetan werden. Das ist sie in Wirklichkeit nicht.

Auf den Gedanken, daß dieser Mißerfolg darin begründet ist, daß die Bevölkerung Ostpreußens mit der großpolnischen Propaganda und der Warschauer Kultur nichts zu tun haben will, wird freilich ein „normaler“ Pole nicht kommen. Er wiederholt es Tag für Tag und glaubt schließlich wohl auch selber daran, daß diese schwache Entwicklung seiner Schulpolitik auf den „Terror der kreuzritterlichen Barbaren“ zurückzuführen sei, der den „unerlösten polnischen Brüdern“ den Besuch polnischer Schulen unmöglich mache. Damit nicht genug! Der Pole versteht es auch, das Ausland in diesem Sinne „aufzuklären“. Die polnischen Verbindungen ins Ausland sind z. T. so ausgezeichnet, daß man es dort sofort hört, wenn z. B. in dem südostpreußischen Dorfe Groß-Dembowitz, dem ärmsten des Kreises Neidenburg, die Fenster eines polenfreundlichen Landwirts eingeworfen werden. Der Wirt hat sich außerdem noch einige Beulen zugezogen, als ihn die Söhne des Amtsvorstehers wegen ungebührlichen Benehmens zum väterlichen Hause hinauswarfen. Und um die „Terrorakte der deutschen Chauvinisten und Hitlerbanden“ bis zur letzten Schandtat zu registrieren: der Chauffeur eines Autos, in dem drei polnische Agitatoren durch die Dörfer fuhren, wurde aus Versehen verprügelt. Die Täter werden natürlich vor Gericht gestellt, obwohl man sie mehr als gut verstehen kann. Denn sie mußten mit ansehen, wie die Polen in rein deutschen Grenzdörfern mit gespickter Geldbörse herumreisten und bei armen Teufeln von Kätnern und Tagelöhnern sozusagen Kinder für eine polnische Minderheitenschule zu kaufen versuchten. Man erzählt sich dort, daß pro Kind und Tag 50 Pfennig bezahlt würden. Einem Individuum mit einer ziemlichen Vergangenheit mieteten sie einen Schulraum ab und boten ihm mehr als zwanzig Silberlinge im Monat, wenn er das Deutschtum verrate. Daß die deutschen Nachbarn sich darüber entrüsteten und zugriffen, ist um so verständlicher, als dort oben jeder Deutsche seit 1918 tagtäglich auf der Grenzwacht steht. Sie kennen die polnischen Schliche und Methoden und wissen, was aus Ostpreußen wird, wenn es auch nur im kleinsten Flecken seine Wachsamkeit verringert. Sie wissen aus polnischem Mund und Zeitungen, daß Ostpreußen zu den noch zu „befreienden“ Gebieten gehört. Sie lasen erst neulich, daß in Amerika amtliche polnische Propaganda die „Entmilitarisierung“ Ostpreußens vorschlägt, daß in diesen Tagen die Zahl der Deutschen, die aus Polen verdrängt wurde, die Million erreichte, und daß die Zahl der Hektare enteigneten deutschen Ackers gleichfalls eine Million beträgt. Sie wissen, daß jenseits der Grenze deutsche Schulen, in denen es 50 und 60 deutsche Schüler gibt, geschlossen werden, und sollen mit ansehen, wie in ihrer Mitte durch glatten Seelenkauf zehn evangelische Kinder in eine Polenschule gebracht werden sollen, nur weil die Eltern aus Not und Unkenntnis den polnischen Agitatoren und ihrem Gelde nachgeben?

Der Polenbund hatte wegen des „Überfalles“ von Jedwabno Anzeige erstattet. Am 8. und 9. Januar erschien daraufhin der zuständige Staatsanwalt aus Allenstein, Dr. Brey, in Jedwabno, um die Untersuchung des Vorfalles an Ort und Stelle vorzunehmen. Das Ergebnis der Untersuchung veranlaßte den Staatsanwalt, die Verhaftung zweier junger Leute wegen Verdunkelungsgefahr auszusprechen. Daraufhin erschien beim Staatsanwalt ein Bruder eines der Verhafteten mit mehreren Freunden und erhob Einspruch gegen die Verhaftung mit der Begründung, daß es sich bei den Verhafteten um wohlbekannte, im Ort ansässige Persönlichkeiten handele, bei denen ein Fluchtverdacht keineswegs in Frage komme. Ein Teil der Einwohnerschaft versammelte sich vor dem Gasthof, in dem die Vernehmungen stattgefunden hatten. Da der Staatsanwalt die Haftentlassung ablehnte, begann die Menge eine drohende Haltung einzunehmen, so daß die Verhaftung unmöglich wurde. Der Staatsanwalt erbat daraufhin polizeiliche Verstärkung, die auch sehr bald eintraf. Die Lage hatte inzwischen jedoch eine wesentliche Verschärfung erfahren, da eine Jagdgesellschaft, die sich im gegenüberliegenden Gasthof befand, sich an den Demonstrationen beteiligte. Da inzwischen noch weitere Verstärkungen der Polizeikräfte eingetroffen waren, kam es jedoch nicht zu ernsten Zwischenfällen. Vier Personen wurden in Haft genommen. Die Haltung der Bevölkerung erklärt sich, wie dargelegt, aus dem Umstand, daß soeben bekanntgeworden war, daß Polen beabsichtigt, in dem benachbarten rein deutschen Dorfe Groß-Dembowitz eine polnische Schule zu gründen.

Wieder Luftspionage in Ostpreußen.

Am 11. Januar überflog ein polnischer Doppeldecker die ostpreußische Stadt Johannisburg. Er kam aus südöstlicher Richtung und steuerte nach dem Bahnhof. In außerordentlich geringer Höhe, etwa 75 bis 100 Meter, flog er vom Bahnhof Johannisburg aus in östlicher Richtung über die Eisenbahnbrücke hinweg, wendete und wiederholte den Flug zweimal. Er machte dabei, wie genau festgestellt wurde, Aufnahmen. Beim Rückflug nach Johannisburg schwenkte der Flieger in südlicher Richtung, umflog einige Male den großen Gebäudekomplex des Kreiskrankenhauses und entfernte sich dann hoch aufsteigend in südlicher Richtung, der polnischen Grenze zu. Der Doppeldecker war ein grau gestrichenes Militärflugzeug mit dem gut sichtbaren polnischen Hoheitszeichen und der Zahl „N. 15“, besetzt von einem Piloten und einem Beobachter. — Der Reichswehrminister hat das Wort!

Chinesen als polnische Spione?

In der letzten Zeit waren an verschiedenen Stellen der Grenzmark Posen-Westpreußen in den Grenzgebieten truppweise Chinesen aufgetaucht, die vorgaben, mit Porzellan, Seide und Tee zu handeln. Nach den polizeilichen Feststellungen besaß der größte Teil der Chinesen weder eine Aufenthaltsgenehmigung noch einen Wandergewerbeschein. Ein Teil von ihnen ist überhaupt nicht im Besitz von Personalausweisen. In verschiedenen Kreisen der Provinz ist außerdem festgestellt worden, daß in Grenznähe von einigen dieser chinesischen Händler photographische Aufnahmen gemacht worden sind. Da der dringende Verdacht bestand, daß diese Leute Spionagedienste für Polen leisten, sind jetzt eine ganze Reihe von ihnen ausgewiesen worden.

*

Aufhebung des deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofes.

Am 1. Dezember 1931 ist in Paris von Vertretern Deutschlands und Polens ein Abkommen über die Aufhebung des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshofes unterzeichnet worden. Danach wird der Schiedsgerichtshof seine Tätigkeit am 31. Januar 1932 einstellen. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch den Reichstag.

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ als Verlosungsgewinn.

Verschiedene Ortsgruppen haben zur Hebung des Absatzes unseres „Ostdeutschen Heimatkalenders“ 1932 einen Weg gefunden, der allgemeine Nachahmung verdient: **die Verlosung.** Wenn ein Mitglied nicht den Betrag von 1,20 M. (einschließlich Porto 1,50 M.) für den Kauf eines Kalenders erübrigen kann, so wird es doch schließlich noch bereit und imstande sein, 20 oder 30 Pf. daran zu wagen, wenn ihm die Aussicht geboten wird, bei einer Verlosung einen Kalender im vier- bis sechsfachen Werte des eingesetzten Betrages zu gewinnen. Der Anreiz, Tombolalose zu kaufen, wird ganz gewiß erhöht werden, wenn sich unter den Gewinnen jeweils auch einige Exemplare des „Ostdeutschen Heimatkalenders“ befinden, den die Presse als eine Kulturtat bezeichnet hat.

Von der Durchführung der Osthilfe.

Minister Schlange über die zukünftige Osthilfe.

Reichsminister Schlange, der Reichskommissar für die Osthilfe, gewährte einem Vertreter der TU. am 11. Januar eine Unterredung, in deren Verlauf er sich über die Maßnahmen äußerte, die in Ausführung der Verordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet ergriffen worden sind.

Er erklärte, daß die Abwicklung des Sicherungsverfahrens nach seinem bisherigen Eindruck auf Grund der aus verschiedenen Provinzen eingelaufenen Nachrichten sich über Erwarten gut vollziehe, wenn auch vollständige zahlenmäßige Unterlagen noch nicht vorlägen. Es sei insbesondere nicht der Riesenansturm seitens der Landwirte auf das Sicherungsverfahren eingetreten, den die Gläubiger befürchtet hatten. Nach dem bisherigen losen Überblick hätten offenbar nur diejenigen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber den Sicherungsschutz in Anspruch genommen, deren finanzielle Schwierigkeiten derart waren, daß die Frühjahrsbestellung unter Umständen nicht mehr hätte ausgeführt werden können. „Ich glaube“, so betonte der Minister, „daß man aus alledem einen doppelten Schluß ziehen kann: 1. das, was ich ernährungspolitisch erreichen wollte, nämlich die Sicherung der nächsten Ernte, scheint mir in weitem Maße erreicht zu sein; 2. die Befürchtung der Banken usw., daß nun der Osten in weitestem Ausmaße kreditunwürdig werden würde, hat sich nicht erfüllt.“

Minister Schlange erklärte weiter, daß die Inanspruchnahme des Sicherungsverfahrens in den einzelnen Provinzen und Kreisen sehr verschieden sei; besonders stark sei sie natürlich dort gewesen, wo so verzweifelte Wirtschaftsverhältnisse herrschen, daß die Landwirte in der Tat auch ohne Sicherungsschutz ihren Gläubigern nicht einen roten Pfennig hätten bezahlen können. Über Erwarten gut habe sich auch das Treuhändersystem eingespielt, dem ursprünglich die größten Bedenken entgegengestanden hätten. Man sehe selbstverständlich peinlich darauf, daß nur die unumgänglichsten Kosten entständen, die sich in sehr engen Grenzen hielten. Sollte trotzdem irgendwo ein Fehlgriff vorgekommen sein, so würde dagegen rücksichtslos eingeschritten werden. Gläubiger wie Schuldner sollten das Gefühl bekommen, daß sich das Sicherungsverfahren auf der Grundlage absoluter Gerechtigkeit unter striktem Ausschluß irgendwelcher Bevorzugung persönlicher Art abwickle. Das sollte dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen.

Zurzeit werde gearbeitet an der Düngerbeschaffung, der Kreditbereitstellung bis zur nächsten Ernte und dem neuen Finanzierungsverfahren der Umschuldung. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß in etwa 14 Tagen die Öffentlichkeit hierüber unterrichtet werden könne. Dann würde nach seiner Ansicht klar werden, daß der Osten mindestens ebenso kreditwürdig geworden sei, wie andere Gegenden Deutschlands, und daß zur Sicherstellung der Ernte das getan wurde, was überhaupt in menschlichen Kräften stehe. Im übrigen, so setzte der Minister hinzu, sei er sich als praktischer Landwirt darüber klar, daß Sicherungsverfahren und Umschuldung nur ein erster Schritt sein könnten, und daß alles darauf ankomme, für die nächste Ernte auch die Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung wiederherzustellen, namentlich auch in bezug auf die Veredlungswirtschaft. Nach Abschluß des Entschuldungsverfahrens werde die vordringliche nationalpolitische Aufgabe die Verwendung desjenigen Landes sein, das im jetzigen Besitz wegen zu großer Überschuldung nicht gehalten werden könne. Diese Aufgabe kann nach Ansicht des Ministers nur mit einem großzügigen Siedlungsprogramm gelöst werden.

Osthilfegesetz und Handwerk.

Der in der Osthilfenotverordnung vom 17. November 1931 gewährte Schutz der Landwirtschaft gab der Handwerkskammer Königsberg Veranlassung, beim Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe auf die damit verbundenen Schädigungen des Berufsstandes hinzuweisen. Da die Verordnung keinerlei Schutzbestimmungen für diejenigen Betriebe des Handwerks, die infolge Einleitung eines Sicherungsverfahrens bei einem landwirtschaftlichen Schuldner zahlungsfähig werden, enthält, da auch ferner in den Bestimmungen keine Vorschrift vorgesehen ist, die eine bevorzugte Berücksichtigung der Handwerkerforderungen festlegt, bleibt zu befürchten, daß das selbst mit großen Schwierigkeiten kämpfende ländliche Handwerk durch die Auswirkungen des Sicherungsverfahrens gezwungen wird, den Kreditgeber für zahlungsunfähige landwirtschaftliche Betriebe zu spielen. Die Handwerkskammer Königsberg fordert darum gegen solche Auswirkungen unverzügliche Sicherungsmaßnahmen.

Auch der Reichsverband des deutschen Handwerks hat den Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe gebeten, dahin zu wirken, daß solchen Schädigungen durch eine entsprechende Gestaltung der Durchführungsbestimmungen zu der Sicherungsverordnung in ausreichendem Umfang Rechnung getragen wird. Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für das Handwerk hat dieser unterdessen die Verbindung mit dem Reichskommissar für die Osthilfe wegen der beantragten Ergänzungen aufgenommen.

Stillegungen.

Eine am 21. Dezember im Hirschberger Landratsamt abgehaltene Konferenz, an der u. a. auch Regierungspräsident Dr. Simons aus Liegnitz teilnahm, beschäftigte sich mit der Verlegung des Füllner-Werkes, das zum Linke-Hofmann-Konzern gehört, nach Breslau. In der Konferenz wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Verlegung für das gesamte Wirtschaftsleben des Hirschberger Tales, insbesondere für die Orte Warmbrunn, Herischdorf, Hermsdorf, Gotschdorf, Giersdorf usw. einen schweren Schlag bedeuten würde. Es sei notwendig, eine Verlegung des Werkes rückgängig zu machen, um zu verhüten, daß Hunderten von Familienvätern jede Existenzmöglichkeit genommen wird. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Zur weiteren Prüfung der Angelegenheit wurde ein Ausschuß eingesetzt.

Die Oberschlesische Borsig-Werk-A.-G. hat sich entschlossen, sämtlichen Angestellten ihres Hüttenwerkes vorsorglich zu kündigen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß der Auftragseingang bei der Hütte in der letzten Zeit ständig zurückgegangen ist und die Aussichten für die Entwicklung des Absatzes in der nächsten Zukunft völlig unklar seien. Die Gesellschaft müsse deshalb für die Bemessung des Betriebsumfanges auch bei Personalausgaben völlig freie Hand haben. Die Grube und die Kokerei der Borsig-Werk-A.-G. werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Durch äußerst schlechten Geschäftsgang ist die Firma Oeser, Basaltsteinbruchverwaltung Girlachsdorf (Schlesien), gezwungen worden, ihren Betrieb stillzulegen. 50 Arbeiter sind entlassen worden.

Die Sprottauer Wilhelmshütte hat sämtlichen Angestellten vorsorglich gekündigt.

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Bestimmungen über die Aufwertung früherer deutscher Anleihen in Polen.

Gemäß der Durchführungsverordnung des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommens vom 5. Juli 1928 werden folgende Anleihen in Sammelanleihen des Magistrats — Miasta — der Stadt Posen umgetauscht:

4 % und 3½ % Posener Stadtanleihen — 3½ % von 1885, 1894, 1903; 4 % von 1900, 1905, 1908, 1910.

Für die 3 % Posener Provinzial-Anleihe von 1895, die 3½ % von 1888, 1892, 1895, 1898, 1901, die 4 % von 1911 wird eine Sammelanleihe der Poznański Wojewódzki Zwiazek Kommunalny gewährt.

Die Wreschener Kreisanleihe von 1886 wird in Sammelanleihen des Wydzial Powiatowy (Kreisausschuß) des betreffenden Kreises umgetauscht.

Ferner erfolgt der Umtausch der
4 % Bromberger Stadtanleihe vom Jahre 1902, 1909, 1910, 1912;
3½ % Bromberger Stadtanleihe vom Jahre 1895, 1899;
4 % Gnesener Stadtanleihe vom Jahre 1901, 1907;
3½ % Gnesener Stadtanleihe vom Jahre 1904;
4 % Graudenzer Stadtanleihe vom Jahre 1900;
4 % Thorner Stadtanleihe vom Jahre 1901, 1906, 1909;
3½ % Thorner Stadtanleihe vom Jahre 1895;
3½ % Kattowitzer Stadtanleihe vom Jahre 1888, 1899;
3½ % Kattowitzer Kreisanleihe vom Jahre 1905;
4 % Krotoschiner Stadtanleihe vom Jahre 1900;
4 % Kostener Kreisanleihe vom Jahre 1900;
3½ % Ostrowoer Kreisanleihe vom Jahre 1896;
3½ % Hohensalzaer Stadtanleihe vom Jahre 1897;
3½ % Tarnowitzer Stadtanleihe vom Jahre 1896;
3½ % Schubiner Kreisanleihe vom Jahre 1884, 1886
in die Sammelanleihen der Kommunalny Bank Kredytowy in Posen.

Die Papiermarkstücke können direkt zwecks Umtauschs an die betreffende polnische Stelle eingesandt werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, das Aufwertungsverfahren durch deutsche Umtauschstellen vornehmen zu lassen. Als Umtauschstellen kommen verschiedene deutsche Großbanken in Frage. Als Umtauschstelle für die Posener Stadtanleihen sind die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Darmstädter und Nationalbank, Berlin, und die Preuß. Staatsbank, Berlin;

für die Posener Provinzialanleihen die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin;

für die Wreschener Kreisanleihe die Deutsche Reichsbank, Berlin;

für die übrigen Stadtanleihen die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, die Preuß. Staatsbank, Berlin, die Commerz- und Privatbank, Berlin, usw. vorgesehen.

Die Einreichung der Papiermarkstücke bei den polnischen Aufwertungs- bzw. deutschen Umtauschstellen hat bis zum 31. Mai dieses Jahres zu erfolgen. Die Ausgabe der neuen Sammelanleihen findet erst nach dem 1. März d. J. statt.

Beratungsstelle des Deutschen Ostbundes
für Aufwertung deutscher Vermögen in Polen. v. L.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Betrifft Anfragen von Siedlungsbewerbern.

Das Landwirtschaftsministerium hat eine Liste fertiggestellt, auf der sämtliche Siedlungsgesellschaften vermerkt sind, die nun bei irgendwelchen Anfragen jedem Bewerber ohne weiteres zugestellt wird. Auf Grund dieser Liste gehen uns täglich Anfragen bezüglich der Erwerbslosensiedlungen zu. Da bisher die Richtlinien zur Erwerbslosensiedlung noch nicht bekannt geworden sind, können diesbezügliche Auskünfte noch nicht gegeben werden. — Wir bitten, Anfragen, die dieserhalb an uns gerichtet werden, Rückporto beizufügen.

Bundesnachrichten.

Werbung für das „Ostland".

Um unsern Mitgliedern die Werbung für das „Ostland" zu erleichtern, sind wir bereit, ihnen auf Antrag von den letzten Nummern unseres „Ostland", soweit der Vorrat reicht, eine Anzahl kostenlos zu liefern. Dankbar wären wir, wenn die Ortsgruppen sich bereiterklären wollten, die Postgebühr für die Übersendung der gewünschten Freistücke zu tragen.

Starke Preisermäßigungen

konnten wir auf die von unserer Kulturabteilung vertriebenen Bücher gewähren. Ganz besonders empfehlen wir allen unseren Ortsgruppen, das von uns herausgegebene Buch „Deutsch oder slawisch?" von Prof. Laubert zu bestellen und dadurch diesem hervorragenden Werk möglichst weiten Eingang auch in nichtostmärkischen Kreisen zu verschaffen. Aber auch die übrigen in dem heutigen Anzeigenteil angebotenen Bücher bitten wir, überall zu verbreiten und auch für ihre Einstellung in Volks- und Schulbüchereien zu sorgen. Demnächst erfolgt die Veröffentlichung einer weiteren Reihe von Büchern.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Nord: Monatsversammlung am Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94. Vortrag des Herrn Dr. Thiele über „Die Reichsgründung und der deutsche Osten".

Ortsgruppe Berlin-Friedrichshagen: Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr, 10jähriges Stiftungsfest im Vereinslokal „Zur Klause" unter Mitwirkung des Rezitators Bruno E. Walter.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Norden feierte am 22. Dezember im Kriegervereinshause ihr Weihnachtsfest. Der festlich geschmückte Saal erwartete die Gäste zum Kaffee und Kuchen. Die Ausgestaltung des Abends war diesmal in die Hände der Frauengruppe gelegt. Der Zeit entsprechend wurde schlicht, aber innig gefeiert, so recht nach Frauenart: mit all dem Kinderzauber und Weihnachtsglanz, mit Engelein und Weihnachtsmann. Diese Zusammenkunft der Ostmärker war eine Erhebung und Neuverbrüderung im heimatlichen Gedanken. Der in diesem Jahre bescheidene Gabentisch löste doch bei alt und jung herzliche Freude aus; leuchtende Augen und dankbare Herzen, wieder gefüllt mit einem bißchen neuen Lebensmut, waren der Erfolg der Bemühungen seitens der Frauen und ihres Vorstandes in der Ortsgruppe.

Die **Ortsgruppe Berlin-Ost** beging ihre Weihnachtsfeier am 28. Dezember 1931 im Vereinslokal „Köpenicker Hof". Der Ehrenvorsitzende, Herr Stephan, hatte die Freude, u. a. auch Herrn Bundespräsidenten Ginschel begrüßen zu können. Herr Pfarrer Schmidt von der Taborkirche hielt die Weihnachtsansprache. Zwischen gemeinsamen Weihnachtsgesängen erschien dann auch Knecht Ruprecht, diesmal eigenartig schön in Kindergestalt, dargestellt von dem Schüler jüngster Klasse, Wolfgang Vorhauer, Sohn unseres Kassenwarts und Enkel unseres Ehrenvorsitzenden. Nachdem Knecht Ruprecht selbst seinen Spruch tapfer aufgesagt und dadurch die anderen Kinder ermuntert hatte, begannen diese aufzusagen und wurden dafür von Ruprecht aus dem großen Sack trotz der nicht kleinen Rute beschenkt. Den Prolog sprach Fräulein Charlotte Mikulla. Herr Rezitator Bruno E. Walter brachte wieder seine eindrucksvollen Vorträge, darunter eine Dichtung über die „Stille Nacht" und „Wald-Weihnacht". Frau Feist hatte sich der Mühe unterzogen, mit Schulkindern und noch Kleineren etwas zu bieten. Und zwar kam ein Zwiegespräch zwischen Bruder und Schwester (Hans Kusch und Erna Kracht) über östliche Weihnachten und in besonders dazu gefertigten schlichten Kostümen vier lebende Bilder. 1. Was Großmutter (Frau Stiller) erzählt; 2. Christkind teilt Gaben aus; 3. Christkind kommt gefahren; 4. die Engel läuten das Christfest ein. Darsteller waren Hans Kusch, Erna Kracht, die drei Geschwister Roland, Lydia und Helga Harnau und Inge Stiller. Den Kindern selbst machte alles eitel Freude. Ein Weihnachtsgeschenk bekam auch für seine Verdienste um die Ostmark Herr Rezitator Bruno E. Walter, indem ihm Herr Stephan unter Mitteilung seiner Ernennung zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost die schön eingerahmte Urkunde überreichte. Aber auch alle anderen wurden beschenkt. Bei der Polonaise bekam jede Dame einen großen Karton Trumpf-Fabrikate und jeder Herr ein paar Zigarren. Herr Präsident Ginschel richtete herzliche Worte an die Festversammlung, in der er u. a. auch wieder unserer in der alten Heimat unter ganz veränderten Verhältnissen lebenden Landsleute gedachte und uns aufforderte, weiter fest und treu zusammenzuhalten. Der offizielle Teil wurde dann in ein kleines Tänzchen übergeleitet. Jedenfalls hat der Vergnügungsleiter Herr Jacob seines Amtes unermüdlich gewaltet.

Die Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf hat am 21. Dezember 1931 im Anschluß an die Monatsversammlung eine Weihnachtsfeier abgehalten. Vom Landesverband Berlin war Herr Eichler und Gat in erschienen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und Aufnahme neuer Mitglieder wurde gleich mit der Feier begonnen. Das Vereinslokal St. Hubertus (Inh. Gade) war dank der Vorbereitungen des Ausschusses weihnachtlich geschmückt. Den Prolog sprach Fräulein Schröer. Herr Lehrer i. R. Janetzky hielt die Weihnachtsansprache in einer zu Herzen gehenden Form, indem er sich mit den zur Bescherung gelangenden Kindern über die Weihnachtsgeschichte unterhielt. Es war eine Freude, zu sehen, wie die Kinder hierauf eingingen und auch dank ihres Lerneifers jede an sie gerichtete Frage prompt beantworteten. Auch Knecht Ruprecht nahm die Kinder ins Gebet, worauf diese dann mit einem schön aufgefüllten bunten Teller beschert wurden. Aber auch unsere lieben Alten und Erwerbslosen sind nicht leer ausgegangen. Soweit die Kasse und einige durch unser reges Vorstandsmitglied, Herrn Kattke, eingesammelten Spenden ausreichten, haben auch sechs ältere Mitglieder mit Lebensmitteln und einigen Zentnern Kohlen beschert werden können. Zur weiteren festlichen Gestaltung der Feier hat der Tenor Bruno Schubring, Berlin-Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 112, wesentlich beigetragen, am Klavier begleitet von seinem Gesanglehrer Georg Mauer, Berlin N., Müllerstraße 144. Wir hörten u. a. von Franz Schubert „Du bist die Ruh", aus der Operette Das Land des Lächelns „Dein ist mein Herz" und das „Wolgalied" von Franz Lehár; aus der Operette Die Zirkusprinzessin „Zwei Märchenaugen"; ferner aus Gräfin Mariza „Grüß mir mein Wien" und zum Schluß „Freunde, vernehmet die Geschichte" Arie aus der Oper Der Postillon von Lonjumeau. Herr Lehrer Zastrow gab liebenswürdigerweise schöne Rezitationen zum besten. Die Musik trug schöne Lieder vor, darunter auch ein Weihnachtspotpourri. Es gab dann anschließend Freikaffee und Pfannkuchen.

Die Ortsgruppe Erkner-Woltersdorf hatte am 21. Dezember Mitglieder und Freunde im Kyffhäuserheim zur Weihnachtsfeier versammelt. An hübsch gedeckten Tafeln hatten die vielen Platz genommen. „O du fröhliche . . ." ertönte. Kaffee und Kuchen war frei. Der 1. Vorsitzende, Herr Forstmann, fand herzliche Begrüßungsworte, streifte die Not der Zeit und wünschte ein fröhliches Weihnachtsfest. „Stille Nacht, heilige Nacht" erklang dann erhebend und feierlich. Der Weihnachtsmann brachte Leben unter die Kleinen und verteilte seine Geschenke. Nach einer kurzen Pause bot Frl. Karsch einen weihnachtlichen Vorspruch. Herr Günther Kubatzky illustrierte in einem längeren Couplet sehr treffend die frühere und die heutige Zeit. Eine Musterleistung war auch „Weihnachtsmann und Christkind", von dem Schüler Franke und der Schülerin Klawunoei mit Sicherheit gespielt. Den Höhepunkt der Vorführungen bildete ein Bauern-Reigen der Jugendgruppen. Für die Jugendgruppe, den Vorsitzenden und andere verdiente Mitglieder kamen Gaben zur Verteilung. Der Vorsitzende dankte allen herzlich, die zum vortrefflichen Gelingen dieser Feier beigetragen hatten, namentlich der Jugendgruppe, die sich vorwiegend aus Woltersdorf-Schönblick rekrutiert und Zeit und Mühe nicht gescheut hat, um an den abendlichen Vorübungen teilzunehmen.

Ortsgruppe Potsdam. Die Dezemberversammlung stand im Zeichen der 700-Jahr-Feier der deutschen Stadt Thorn. Außer den in großer Zahl anwesenden Mitgliedern der Ortsgruppe waren auch einige Ehrengäste erschienen: General von Gronau, vor dem Kriege jahrelang der militärische Befehlshaber der Weichselfestung Thorn, der Danziger Staatsrat Kraeft, der frühere Bürgermeister von Schneidemühl, Dr. Krause. Rektor Blum, der Vorsitzende der Ortsgruppe, schilderte in seiner Festrede in fesselnder Weise die Weichsel, Thorn und seine Geschichte. Alles rund um Thorn ist ein Werk deutscher Kultur, urgermanisches Land. An die Thorner Niederung schließt sich die Höhe an, der Lehmboden des alten Kulmerlandes, das Land des Weizen- und Zuckerrübenbaues. Zwar ist Thorn heute polnisch; aber trotzdem muß man es auch heute noch zu den deutschen Landen, seine Kunst zur deutschen Kunst rechnen. Altgermanische Stämme haben hier gewohnt seit Beginn der Eisenzeit; erst nachdem die kräftigsten Teile der Germanen zur Zeit der Völkerwanderung das Land verlassen hatten, drangen in diese Gebiete langsam Slawen ein und besiedelten das Kulmerland, während als Nach-

der Städte schmälerte, stürmten die Thorner Bürger die Ordensburg und zerstörten sie bis auf den Danskerturm. Mit dem Einzug der Reformation in Thorns Bürgerschaft wird neuer Zündstoff geschaffen: der Pole katholisch, der Deutsche protestantisch. Ein völkischer Konflikt, ins Konfessionelle übertragen, führt zu dem fürchterlichen „Thorner Blutgericht" von 1724. Mancherlei harte Kriegsschicksale erleidet Thorn, bis es 1793 zum preußischen Mutterlande zurückkehrt. 1806 wird es durch Napoleons Machtwort dem Herzogtum Warschau einverleibt, und die folgenden acht Jahre stellen die einzige Episode in der Geschichte Thorns dar, in der diese Stadt einmal staatsrechtlich zu Polen gehört hat. Preußen baut die Stadt zur Festung ersten Ranges aus, zum Eckpfeiler des Deutschtums gegen das Slawentum. Wehmütig erinnern wir uns heute noch der stolzen Regimenter, die vor dem Schandfrieden von Versailles in dieser Weichselstadt ihre Garnison hatten: die Infanterie-Regimenter 21, 61, 176, ferner die 4. Ulanen, die 17. und vorher 2. Pioniere, die Fußartillerie-Regimenter 11 und 15 und das Feldartillerie-Regiment 81. Als dann in den dunkelsten Tagen Deutschlands, im Jahre 1920, das Schicksal über die Königin der Weichsel hereinbrach, da waren rund 67 v. H. der Einwohner Deutsche, 94 v. H. des Grundbesitzes lagen in deutscher Hand. Heute dagegen zählt die Stadt 55 000 polnische und 3000 deutsche Einwohner! Der Redner zeigte nun in 70 herrlichen Lichtbildern die 700jährige deutsche Stadt am Weichselufer. Bewegung durchflutet den Saal beim Anblick des heimatlichen Stromes, der edlen Ordens- und Hansagotik an seinen Ufern. Rathaus, St. Marien, St. Jacob, St. Johann, die wuchtigen Türme der Stadtmauer, die gewölbten Tore, der Junkerhof, der reiche Artushof der St.-Georgen-Brüderschaft, sie alle erzählen von deutschem Kulturschaffen. Da steht Nikolaus Kopernikus, den die Polen gern zu den ersten Söhnen ihres Volkes rechnen möchten. Sein Vater war aber der deutsche Kaufmann Niklas Koppernigk, seine Mutter eine Thorner Deutsche. Ferner erblicken die Anwesenden das stolze Denkmal des Heldenkaisers und dasjenige des von den Polen am meisten gehaßten Mannes, des Reichsgründers Bismarck, ferner die von polnischer Unkultur zerstörten Kriegerdenkmäler der Stadt. Mag man zur Zeit polnisch sprechen in Thorn, die Steine reden deutsch!

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Crossen. Auf der „Wilhelmshöhe" begingen am goldenen Sonntag die im Deutschen Ostbund zusammengeschlossenen Ostmärker aus Crossen und Umgegend mit ihren Familien eine gemeinsame Christfeier, die sich durch einen recht geschmackvollen Rahmen auszeichnete. Wohl an 300 Vertriebene nahmen an der Feier teil. Gemeinsam gesungene Weihnachtslieder, Gedichtvorträge und musikalische Darbietungen von Kantor Reichert und Mittelschullehrer Galle umrahmten eine Ansprache, die Verlesung einer Weihnachtslegende von Selma Lagerlöf und die Aufführung eines stimmungsvollen Weihnachtsspiels von Kurt Gerlach (gespielt von der Jungschar der hiesigen Ortsgruppe), auf dessen Einstudierung Fräulein Meta Peske viel liebevolle Mühe verwendet hatte. Pfarrer Schulz hielt die Christansprache, in der er von dem Wittigschen Buche „Das Leben Jesu in Palästina, Schlesien und anderwo" ausging. Er zeigte, wie gerade die alte Weihnachtsgeschichte auch für die Ostmärker ihre Gegenwartsbedeutung hätte mit ihrem Leid wie mit ihrer Freude. Das Leid des Wandernmüssens und der Herbergslosigkeit in der Fremde hätten viele Menschen aus dem Osten im letzten Jahrzehnt ebenso erlebt wie die heilige Familie vor Zeiten. Aber wie damals sei auch heute die Freude groß an dem Weihnachtskind, das für uns geboren sei. Gerade die Ostmärker hätten eine besondere innere Zuneigung zu diesem Kinde, das uns froh und tapfer mache und der Blickpunkt werde für unsere Scharen, weil es uns Hoffnung bringe für einen Sinn in dem Un-Sinn des Weltgeschehens auch im Blick auf die verlorene Heimat im Osten und in der Hoffnung auf die ewige Heimat. Eine Stunde der Geselligkeit, während welcher der Weihnachtsmann mit einem Sack voll Gaben für die Jugend und einem Berg von Paketen für bedürftige Ostmärker erschien, schloß sich an.

Die Ortsgruppe Friedeberg Nm. veranstaltete in den Tuchelschen Gasträumen ihre als recht wohlgelungen zu bezeichnende, gut besuchte Weihnachtsfeier. Sie wurde mit einigen Begrüßungsworten des Vorsitzenden eröffnet. Die Geschwister Fritz brachten ein Weihnachtspotpourri zum Vortrag, welches dankbare Aufnahme fand. Pastor Stange hatte seiner Weihnachtsfeierrede den Bibeltext: „Bist du, der da kommen soll, oder sollen wir eines anderen warten" zugrunde gelegt. — Nach dem gemeinsam gesungenen Lied: „O du fröhliche", wurden zwei Kinderreigen zur Darstellung gebracht. Die Kinder hatten keine Mühe gescheut, ihre Sache so brav wie möglich zu machen, was auch von den Erwachsenen dankbar anerkannt wurde. Es folgte, nachdem von verschiedenen Kindern noch einige Weihnachtsgedichte aufgesagt worden waren, eine Kaffeepause. Das dann zur Aufführung gelangende kleine Theaterstück „Christrosen" konnte sich ebenfalls eines reichen Beifalls erfreuen. Den Abschluß der Feier bildete die Bescherung durch den Nikolaus, der jedes Kind mit einigen kleinen Geschenken bedachte. Während der Kaffeepause fand eine Sammlung zum Besten der Armen der Matthaei-Kirchgemeinde Posen statt; Herrn Pastor Brummack, Posen, konnte der Betrag von 20,45 RM. überwiesen werden.

Die Ortsgruppe Neudamm feierte am 28. Dezember im festlich geschmückten Saal bei Landsmann Friedrich Laabs ihr Weihnachtsfest. Nach einem von Frl. Wierscholski gesprochenen Prolog begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr Janke, die vollzählig erschienenen Mitglieder. Er mahnte, an der Ostmark in Treue festzuhalten. Ein gut eingeübtes Theaterstück wurde von den Kindern gespielt. 90 Kinder wurden reichlich beschenkt. Herzlichen Dank allen, die zum Gelingen dieses Weihnachtsfestes beigetragen haben.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Grünberg veranstaltete am 27. Dezember im Konzerthause eine Weihnachtsfeier mit Einbescherung. Nach musikalischer Einleitung und einem Vorspruch hielt der Vorsitzende, Katasterdirektor Krug, eine dem Ernste der Zeit angepaßte Festrede. Er erinnerte an die große Not unseres Vaterlandes und des deutschen Volkes, aus der es nicht durch Tagungen und lange Reden errettet werden kann, sondern nur durch eigene tatkräftige Hilfe. Parteihader und politischer Haß müssen schwinden, und jeder dem anderen in seiner Not nach allen Kräften beistehen. Der Glaube an Deutschlands Zukunft müsse unerschütterlich feststehen. — Dann wurde ein Weihnachtslied gemeinschaftlich gesungen. Nach musikalischen Darbietungen und Deklamationen wurde der zweite Teil der Feier mit dem Sologesang „Heilige Nacht, du kehrest wieder" eingeleitet und mit herzinniger und klangvoller Stimme von Frau Grossert gesungen. Jedes von den ungefähr 60 Kindern erhielt einen gehäuften Geschenkteller. Herr Teil ordnete darauf die Kinder zu einer Polonaise, die mit einem lustigen Tänzchen endete, wobei Herr Pöhnert den musikalischen Teil und die gesanglichen Darbietungen leitete. Ein Musikstück leitete zu dem Theaterstück: „O du selige Weihnachtszeit", von Hermann Marcellus, über. Die Darsteller hatten ihre Rollen gut einstudiert und brachten sie sicher und deutlich zu Gehör. Herr Kümmel dankte zuletzt allen Mitwirkenden für die Mühe und Arbeit und wünschte allen ein gesundes, neues Jahr. Ein kleines Tänzchen hielt alle Tanzlustigen noch ein ausgedehntes Stündchen beisammen. 16 Bedürftigen wurden Weihnachtspakete mit Lebensmitteln in ihre Wohnungen gebracht.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Stralsund beging am 18. Dezember ihre Weihnachtsfeier im Schloßgarten. Diese im wahrsten Sinne echte Familienfeier wurde durch einige Musikstücke eingeleitet. Der von Herrn Goettel verfaßte und von Frau Sill vorgetragene Vorspruch erzählte in jedem Wort von der tiefen unerschütterlichen Liebe und Sehnsucht zur alten Heimat. In kurzen Worten begrüßte der 1. Vorsitzende, Rektor i. R. Wenski, die zahlreich erschienenen Mitglieder mit ihren Kindern. Die Festrede wurde von Herrn Pastor Brandstäter, welcher selbst Ostmärker ist, gehalten. Er legte seiner Festrede die Bibelworte zugrunde „Bringe uns, Herr, wieder zu dir, daß wir wieder heimkehren". Frau Sill, welche, wie alljährlich, durch Gesangsvorträge und ein zu Herzen gehendes Melodrama sowie durch das Weihnachtsmärchen „Der Stiefkinder Weihnachten" und eine allerliebste Gavotte, von Kindern getanzt, die Zuhörer in Weihnachtsstimmung und Freude zu versetzen verstand, erntete großen Beifall. Es folgten gemeinsam gesungene Weihnachtslieder sowie von Kindern vorgetragene Weihnachtsgedichte. Der 1. Vorsitzende überreichte dem 1. Schriftführer, Reichsbankbeamten W. Sill, die ihm vom Bundespräsidium verliehene silberne Ehrennadel mit Besitzzeugnis mit anerkennenden Worten für seine selbstlose und aufopfernde zehnjährige Tätigkeit als Schriftführer. Hierauf konnte der 1. Vorsitzende neun treubewährten Mitgliedern die Treunadel mit Besitzzeugnis überreichen: Reichsbahnobersekretär Korsch, Oberpostsekretär Panten, Obertelegraphensekretär Petrich, Bäcker- und Konditormeister Grusewski, Kaufmann Lenkeit, Oberpostschaffner Maschke, Postassistent Damrau, Betriebsarbeiter Zinke und Landarbeiter Zeck. Der Weihnachtsmann, der es in diesem Jahr besonders gut gemeint hatte, bescherte jedem Kinde außer einem bunten Teller ein für jedes Alter gut gewähltes Geschenk. Dem Festleiter, Herrn Fitzke, konnte kein schönerer Dank werden neben den anerkennenden Worten des 1. Vorsitzenden für all die Mühe, die die Vorbereitung zu dieser Feier erforderte, als die strahlenden Augen der Kleinen über die reichen Gaben.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die Ortsgruppe Leipzig feierte am 20. Dezember im neuen Saale des Vereinshauses Südbräu ihr diesjähriges stark besuchtes Weihnachtsfest. Ein Bläserchor eröffnete mit stimmungsvollen Weihnachtsliedern die Feier. Nach einem gut gesprochenen Prolog und Begrüßungsworten des Vorsitzenden fand ein von Kindern unter Leitung von Frau Zimmermann gut gespieltes Weihnachtsspiel, zu dem die Bühnendekoration von Herrn Dümke hergestellt worden war, allgemeinen Beifall. Der kürzlich gegründete gemischte Chor erfreute unter sachkundiger Leitung durch melodische Weihnachtslieder. Der jubelnd begrüßte Weihnachtsmann führte die Kinder zu den im Nebensaal gedeckten Gabentafeln, wo den Kleinen außer einem bunten Teller kleine sinnreiche Gaben beschert wurden. Hierauf gab „eine auserwählte Künstlerschar des Zirkus Sarasani" (gestellt von Kindern der Ortsgruppenmitglieder und geleitet von Herrn Dümke) eine Sondervorstellung: Seiltänzer, vorzügliche Parterreakrobaten, Kunsttänzer, Kunst- und Schulreiter sowie eine prächtig gerittene Reiterquadrille und Clowns. Polonaise und Tanz für Kinder und Erwachsene beschlossen die wohlgelungene stimmungsvolle Weihnachtsfeier. Sie bildete einen guten Abschluß des im vergangenen Jahre trotz

barn im Norden und Osten die heidnischen Preußen hausten, die nicht Slawen waren. Zum Schutz gegen die Überfälle der heidnischen Preußen rief der Landesherr Herzog Konrad von Masowien den deutschen Ritterorden ins Land. Gerufen, kamen sie; freiwillig auf ewige Zeiten gab Konrad von Masowien den Germanen dieses Land zurück als freien Besitz. Bald ist Thorn des Ordenslandes wichtigste Stadt. Zahlreiche Baudenkmäler, die der Versammlung im letzten Teil auch in Bildern gezeigt wurden, zeugen heute noch von der Blüte dieser Ordenszeit. Mit der Niederlage bei Tannenberg 1410 war die Blütezeit des Ordens für immer dahin. Als er die Handelsrechte schwerer Wirtschaftskrise stark entwickelten Vereinslebens in unserer Ortsgruppe und zeugte so recht von dem Bestreben, sie durch Einigkeit und freundschaftlichen Zusammenschluß in jeder Beziehung zu heben und zu fördern. Allen, die zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben, sei auch von dieser Stelle aus herzlichst gedankt.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Die Ortsgruppe Celle veranstaltete am 19. Dezember ihre Weihnachtsfeier im Saale des Städtischen Schützenhauses. Nachdem einige Musikstücke, die die Feier einleiteten, verklungen waren, brachte die Gesangsabteilung einige Lieder zu Gehör. In einer kurzen Pause zwischen den Liedern wurde ein Gedicht vorgetragen. Danach folgte die Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden und das Weihnachtsspiel „Schneeglöckchen und Tannenbaum", dem sich ein Reigen anschloß. Nach dem Gesang des Liedes „O du fröhliche . . ." folgte ein kurzes Stück „Jungfer Eigensinn und Knecht Rupprecht", dem sich nach einigen Musikstücken das Theaterstück „Der Kinder Weihnachtstraum" anreihte. Alle Darbietungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Nun kam für die Kleinen und Kleinsten das Wichtigste des schön gelungenen Abends, der Weihnachtsmann mit seinen Gaben, der helle Freude und großen Jubel bei den Kleinen auslöste. Etwa 80 Kinder konnten beschert werden..

Landesverband Hessen-Nassau.

Ortsgruppe Kassel. Gerade weil unser Volk in diesem Winter ein Weihnachtsfest nie zuvor geahnter Not feiern mußte, war eine besondere Weihnachtsfeier in der Ortsgruppe unerläßliche Notwendigkeit. Und daß sie vielen Mitgliedern ein Bedürfnis war, erwies der besonders starke Besuch, obwohl die Feier am 1. Weihnachtstage stattfand. Die sehr reichhaltige Vortragsfolge brachte neben Musikvorträgen der Hauskapelle weihnachtlicher Art einige Gesangsoli von Frau Christoph und Frl. Werlitz, begleitet von Maria Keim, auch einen Violinvortrag von Ursula Scherbening. Die exakt zur Darstellung gebrachten Gedicht- und Kinderaufführungen lagen in der Regie von Frau Knobloch und Herrn Eckelt (2. Vors.), die sich um das Zustandekommen der Feier besonders verdient gemacht hatten und denen nebst den Darstellern der reiche Beifall galt. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ansprache des 1. Vorsitzenden, Pfarrers Pelz, der zunächst der Weihnacht feiernden Ostmark und der dortigen Volksgenossen gedachte. „Friede und Freud' wird uns verkündigt heut", das war der Leitsatz seiner Ausführungen. Beides, Friede und Freude, brauchen wir sonderlich in unserer Zeit der Friedlosigkeit, der inneren und äußeren Not. Die Botschaft hören wir wieder. Wollen wir trotz allen Leides dennoch zur inneren Freude kommen, dann brauchen wir Frieden, den wir erst mal selbst halten müßten, bevor wir ihn von außen her erwarteten. Dazu gehört Glaubenskraft an uns selbst und an Gottes Liebeswalten. So allein kämen wir zur rechten Weihnachtsfreude, die auch über die Feiertage hinaus standhielte, wenn's wieder in den Kampf des Alltags ginge. — Nach gemeinsam gesungenem Weihnachtslied brachte zum Schluß der Weihnachtsmann etwa 80 Kindern eine kleine Gabe. Mit einem geselligen Beisammensein schloß gegen 10 Uhr die eindrucksvolle Weihnachtsfeier.

Landesverband Westfalen.

Die Ortsgruppe II Dortmund feierte am 20. Dezember 1931 im Sängerheim Ostwall ihre diesjährige Weihnachtsfeier. Die Feier wurde durch ein Musikstück eingeleitet. Der Vorsitzende Schwabe konnte als Gäste u. a. Herrn Dr. Murrenhof, Studienrat Wegner und Kaufmann Austermann begrüßen. Nach einem gemeinsamen Lied hielt Studienrat Wegner die Festrede. An den Gestalten Johannes des Täufers, der Hirten und der Mutter Maria zeigte er die Wege, wie das deutsche Volk genesen könne in Stille, Natürlichkeit, Schlichtheit, aufrechtem Mut, Mütterlichkeit und Menschenliebe. Aus der Notgemeinschaft muß eine Gemeinschaft der Liebe werden. Ein Hirtenreigen und ein Theaterstück sorgten für weitere Unterhaltung; 70 Kinder sowie 108 Frauen konnten dank der tatkräftigen Mitarbeit des Frauendienstes (Leitung Frau Gohlke) und freiwilliger Spenden mit einem Geschenk bedacht werden. Besonders sei noch erwähnt der Stadtverband für Frauenhilfe Dortmund (Leitung Frau Schulz, Lebensdorf), die für 30 Kinder Spielsachen spendete. Ein weiteres gemütliches Beisammensein schloß in vorgerückter Stunde die wohlgelungene Feier. Allen Spendern und Mitwirkenden auch an dieser Stelle echt deutschen Dank.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe Wesel veranstaltete am 1. Weihnachtstage ihre gut besuchte Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung im Theatersaal, Feldstraße. Ein Musikstück leitete die Feier ein. Nach einem Weihnachtsprolog, gut gesprochen von der Schülerin Dreweck, begrüßte der 2. Vorsitzende, Draß, die Versammelten und erinnerte an die verlorene Heimat und dankte allen, die zum Gelingen der Feier beigetragen hatten; insbesondere dankte er dem Herrn Bürgermeister, der durch eine Beihilfe die Kinder der Bedrängten unterstützt hat. Herr Mausolf, Direktor der Handelsschule, sprach über Sinn und Bedeutung des Weihnachtsfestes. Zur Verschönerung der Feier trugen die Gedichtsvorträge einiger Kinder sowie ein passendes Weihnachtsspiel bei, das, unter Leitung von Herrn Willy Dombrowski aufgeführt, aufmerksame und dankbare Zuhörer fand. Der Weihnachtsmann konnte jedes Kind mit einer gefüllten Tüte, einige dazu aber mit der Rute beschenken. Nach Dankesworten an den Vorstand und die Mitwirkenden beschloß ein gemeinsam gesungenes Lied die Feier.

Landesverband für beide Mecklenburg.

Ortsgruppe Güstrow (Meckl.). Am 26. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe im „Fürstenhof" ihre Weihnachtsfeier, die durch einen Prolog, den Frl. Edith Senkel eindrucksvoll vortrug, eingeleitet wurde. Begeisterten Beifall ernteten Herr und Frau Schneider für das Lied von der „Stillen Nacht". Anschließend stimmte die Festversammlung ein in den Gesang „O du fröhliche, o du selige". Der 1. Vorsitzende, Herr Senkel, hielt eine längere, zu Herzen gehende Festrede, die in der Mahnung ausklang, dem Ostbund die Treue zu halten. Es folgten musikalische Darbietungen, eine gemeinsame Kaffeetafel und drei lustige Stücke, die Herr Ziebarth vortrug. Das Fest, das einen sehr harmonischen Verlauf nahm, wurde durch ein Tanzkränzchen beschlossen.

Die Ortsgruppe Rostock hatte sich am 26. Dezember in ihrem Vereinslokal zur Weihnachtsfeier zahlreich versammelt. In der Eröffnungsansprache gedachte der Vorsitzende der im abgetretenen Gebiet lebenden Landsleute und ermahnte, danach zu streben, daß das wieder deutsch wird, was einst deutsch war. Neben einigen kleineren Aufführungen, Deklamationen und Gesängen stand im Mittelpunkt das Weihnachtsstück „Die Weihnachtskiste", das die Mitwirkenden gut darstellten; sie ernteten reichen Beifall. Dank der umsichtigen Kassenführung konnte der Weihnachtsmann den Kindern Süßigkeiten und nützliche Geschenke bescheren. Die Schlußansprache des Vorsitzenden leitete zum gemütlichen Teil über.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Wahl. Vom Cranzer Gemeinderat wurde mit 10 gegen 8 Stimmen Dr. Wiehe, Braunschweig, zum Gemeindevorsteher gewählt, so daß er aller Wahrscheinlichkeit nach bestätigt werden wird. Dr. Wiehe ist Leiter des Verkehrs- und Presseamts Braunschweig.

Alswede. Durch Versehen ist in der letzten „Ostland"-Nummer bei der Nachricht vom Tode des Gutsbesitzers Klinksiek der polnische an Stelle des alten deutschen Ortsnamens genannt worden. Das dort genannte Rybitwy ist eine unter ihrem deutschen Namen Alswede bekannte alte Siedlung bei Pudewitz im Kreise Posen-Ost, die ebenso wie das benachbarte Lettberge als mustergültige deutsche Siedlung in gutem Rufe steht.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum begeht am 15. 1. Postschaffner Berthold Kleige, Berlin-Tegel, Veitstr. 42 (seit 1920 beim Postamt Berlin-Tegel, vorher in Skalmierschütz, Jarotschin, Boruschin und Zarnowko, Prov. Posen).

In den Ruhestand getreten: In der letzten Nummer muß es heißen: Konrektor Bindemann nicht Büdemann.

Verlobt: Frl. Martha Kelm mit Polizeiwachtmeister Kurt Kohn, beide Königsberg i. Pr.; Frl. Erna Rasmus in Döbeln in Sachsen, Bahnhofstr. 66, Tochter des Bäckermeisters M. Rasmus, früher Bromberg-Bleichfelde, mit Curt Strahlendorf in Hannover; Frl. Ursula Möhle und Ernst Schulz in Severin b. Parchim (beide Jungschar Braunschweig).

Vermählt: Herr Georg Doerr, früher Pudewitz, Mitglied der Jungschar Berlin-Süd, mit Frl. Frieda Stimm aus Lüchen N.-M. am 9. 1.

Bejahrte Ostmärker: Frau Professor Helene Hoffmann, früher Posen, jetzt Bad Warmbrunn, Riesengebirge, Heinrichstraße 20, am 6. 1. 70 J.; Oberpostschaffner a. D. Karl Menzel, Halle a. S., Hohenzollernstr. 7, früher Wilhelmsbrück, Kr. Kempen, am 21. 1. 80 J.; Frau Mathilde Süßkind, früher Pinne, später Berlin N, Veteranenstr. 5, jetzt im Logenheim, Berlin-Lichterfelde-Ost, Lange Straße, am 5. 2. 80 J. (Empfang 11—2 Uhr bei ihrem Sohne Hermann Süßkind, Berlin, Levetzowstr. 15).

Gestorben: Frau Berta Bengsch, geb. Neumann, Ehefrau des Oberpostschaffners i. R. Friedrich Bengsch, früher in Thorn, am 12. 12., 64 J.; die Gattin des Generalleutnants a. D. Hans Kotze, eines früheren langjährigen geschätzten Mitarbeiters im Präsidium des Deutschen Ostbundes, Marianne, geb. von Bomsdorff, Berlin NW 21, Puttlitzstr. 22, am 9. 1., 58 J.; Lehrer a. D. Ludwig Boehlke, der bei seinem Schwiegersohn O. Joachim, Forsthaus Stobnica-Mlyn, Bez. Posen, lebte, am 7. 1., 96 J.; Frau Sophie Wojtowitz, geb. Wittiger, Dembsen (Posen), am 8. 1.; Frau Hedwig Bothe, geb. Schumann, in Posen am 9. 1., 49 J.; Frau Pauline Petroll, geb. Scholz, Seidenberg-Ost, früher Rawitsch, am 13. 12., 63 J. (Mitbegründerin der Ortsgruppe Seidenberg des Deutschen Ostbundes).